

# Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltene Zeitungs- oder deren Raum 35 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 93.

Montag, den 22. April 1918.

25. Jahrg.

## Die Kriminalität der Jugend.

Wenn man die Chronik der Verbrechen in deutschen Zeitungen verfolgt, erschauert man in der niederdrückenden Ueberzeugung, daß der moralische Zustand unserer Jugend durch den Krieg einen schweren Zusammenbruch erfahren hat. Ganz fürchterliche Verbrechen, wie unlängst in Berlin die Ermordung eines neunjährigen Mädchens durch einen fünfzehnjährigen Knaben, der das Mädchen sittlich mißbraucht hatte, ein anderer Fall, wo zwei junge Mädchen Mörderinnen waren, Bandendiebstähle, die systematisch und raffiniert von Knaben ausgeführt werden, eröffnen schreckliche Ausblicke auf den moralischen Zustand der heranwachsenden Generation. Freilich erfahren wir nur von dem allergeringsten Teile der tatsächlich vorkommenden Verbrechen der Jugend, denn im Kriege spricht man von unangenehmen und unangenehmen Dingen nicht gerne, weil man sich einbildet, vor den Feinden einen Vorsprung zu haben mit dieser Vogel-Strauß-Politik. Doch erreicht man damit nicht ein Uebergewicht über die anderen Nationen. Das Uebel kriecht im Dunkeln erst recht weiter. Man erfährt nur von ganz kraassen Fällen, während die zahlreichen nicht sensationellen Raubtaten, Diebstähle, Vergehungen gegen die Sittlichkeit und dergleichen verstreut werden. Die Richter bei den Jugendgerichten wünschen, daß die Zeitungen über die Verhandlungen gegen jugendliche Gesetzesübertreter nichts verlauten lassen. Wenn man nach den Gründen forscht, hört man, daß die Richter meinen, daß eine Veröffentlichung derartiger Gerichtsverhandlungen nur zur Nachahmung der abgeurteilten Verbrechen reizen würde. Dabei üben aber viele durch ihre Tätigkeit in dem Jugendgerichte abgestumpfte Richter ihre Urteilsfindung nach der Abschreckungstheorie aus. Außerordentlich harte Urteile werden gegen jugendliche Verbrecher gefällt. Diese Urteile wirken nicht abschreckend auf die der Versuchung ausgesetzte, aber noch nicht dem Verbrechen verfallene Jugend, die ja von diesen harten Urteilen nichts erfährt. Sie erfüllen auch nicht den Zweck, die Verurteilten auf bessere Wege zu führen, sie von der Wiederholung des Verbrechens abzuhalten. Ganz im Gegenteil. Die abgestumpften und nur nach dem Buchstaben des Gesetzes, oft freilich auch unter dem Zwange des Gesetzes urteilenden Richter stoßen — natürlich wider ihren Willen, wahrscheinlich auch ohne ihr Wissen — die entgleitenden Jugendlichen dauernd auf die Bahn des Verbrechens.

Der Strafvolzug führt den durch Leichtsinns oder Not, oder sonst aus irgend welchem Grunde auf die Bahn des Verbrechens einmal Gefommenen in die Hochschulen der Verbrechen, in die Gefängnisse. Der aufnahmefähige jugendliche Geist, der auf das Abenteuerliche und Gefährliche gerichtet ist, muß in der Gesellschaft von Verbrechern naturgemäß Sinn und Verständnis für die Erfahrungen der oft bestraften und immer wieder ins Gefängnis zurückkehrenden Männer haben. Bereichert durch die Kenntnis der Methoden und der Kniffe des Verbrechens, geschult für den Kampf gegen die Polizei, ausgerüstet mit der ganzen Technik und „Wissenschaft“ des Verbrechens, eingeweiht in alle Geheimlehren und Geheimzeichen der Verbrecher, kommt der jugendliche Verfehrer aus dem Gefängnis, um den Kampf aufzunehmen gegen Recht und Gesetz. Die Arbeit erscheint ihm etwas, was man am liebsten vermeidet. Mühsels, wenn auch mit Gefahren, will er sich eine angenehme, wenn auch dunkle Existenz schaffen: das wird zum Streben derer, die der Staat in seine Gefängnisse einsperrt. — damit sie sich bessern.

So treten uns zwei gewaltige Fragen entgegen:

Wo sind die Quellen der wachsenden Kriminalität der Jugend?

Was macht man mit dem jugendlichen Verbrecher?

Längst sind die Hoffnungen der Kriegsbegeisterten, daß der Krieg die Menschen bessere, fröhliche, reinigende, erhebe, als für die meisten Menschen durchaus falsch erwiesen. Wir wissen, daß die Geschlechtskrankheiten, die Prostitution, die Verwahrlosung der Jugend, die Verbrechen, die Selbstmord, die Raffgier, das Streben nach Genuß in unserer Gesellschaft so gewaltig in den Kriegsjahren gewachsen sind, wie das die argsten Schwarzseher niemals für möglich gehalten haben. Hunderttausende Familienmütter mühen in die Fabriken gehen, während ihre Kinder sich in schlechter Gesellschaft herumtreiben, ohne daß die Mütter es ahnen, oder ohne daß sie es hindern können, selbst wenn sie es wissen. Die Hand des Vaters fehlt der Jugend seit langem. Die während des Krieges vielfach zu beobachtende Vergnügungssucht und Genußsucht, die, wenn sie geistig, sittlich und körperlich die Menschen heben würde, nur zu begreifen wären, haben leider die Menschen nicht bloß moralisch und gesundheitlich tief hinuntergebrückt, sie haben auch sehr böse Maßstäbe erzeugt für das, was recht und unrecht, für das, was gut und wünschenswert ist.

So ist es nicht zu verwundern, daß die Verführung zum Verbrechen zugenommen hat, und daß diejenigen, die sich nicht leicht die Mittel schaffen konnten für ihre Genußsucht, auf die Bahn des Verbrechens kamen. Es werden erschreckliche Zahlen sein, wenn uns nach dem Kriege die Kriminalstatistik enthüllt wird, wie die Zahl der Verbrechen gerade unter der Jugend zugenommen hat. Der Krieg mag die Jugend hart gemacht haben, erst hat er sie nicht gemacht.

Die Richter können nicht anders, als urteilen und handeln, wie ihnen das Gesetz, das sie ausführen sollen, vorschreibt. Mögen sie sich noch so majestätisch gebärden, sie werden müde und abgestumpft, sie steigern ihre Urteile bis zum höchsten Strafmaß und ihr hoher Beruf wird ihnen zuletzt zum öden Handwerk. Sind sie auch nicht frei von Schuld, so sind sie doch nicht die Schuldigsten. Das Gesetz, das den Jugendlichen ohne Anwalt dem Richter überantwortet, das den Jugendlichen schuldlos dem Richter und dem ganz unpädagogischen, ja antipädagogischen Strafvolzug überantwortet, ist weit mehr schuld, als der Richter. Was wir heute erleben, ist ein Bankrott unserer Strafrechtsgesetzgebung, ist ein Bankrott unseres Strafvolzuges.

So mannigfach die Ursachen sind, die die wachsende Kriminalität erklären, so sei doch auf die Unregelmäßigkeit des Schulunterrichts, auf das Fehlen von elterlicher Liebe und Zucht, auf die der Jugend ungünstige Kriegsatmosphäre, auf die in der Presse und in patriotischen Veranstaltungen immer wieder gerühmten Außerungen der Kraft und Macht, der List und Täuschung hingewiesen. Die bestgeeigneten Generalkommandoverfügungen können keinen Ausgleich schaffen für diese mit jedem Vierteljahr des Krieges stärker wirkenden Ursachen für die niederdrückende Massenerschütterung der Jugendkriminalität. Wir wissen, daß der Krieg und alles, was mit dem Kriege zusammenhängt, was den Krieg gezeitigt hat und was aus dem Kriege erwachsen ist, an dieser jugendlichen Kriminalität viel Schuld trägt. Was es z. B. die richtige Sprache für die Jugend, wenn Otto von Gottberg in der „Jugenddeutschland-Pol“, dem Organ des Bundes Jungdeutschland und der Deutschen Turnerschaft, am 25. Januar 1913 schrieb:

„Der Krieg ist die heiligste und heiligste Aeußerung menschlichen Handelns... Still und tief in deutschen Herzen muß die Freude am Krieg und ein Sehnen nach ihm leben, weil wir der Feinde genug haben und der Sieg nur einem Volk wird, das mit Sang und Klang zum Kriege wie zum Feste geht... Verlassen wir also aus vollem Halse alle Weiber in Männerhosen, die den Krieg fürchten und darum jammern, er sei grauig oder häßlich. Nein, der Krieg ist schön.“

Die so üppig gediehene Kriminalität wird nach dem Kriege fortauern. Niemand kann uns den Glauben schenken, daß die während der Kriegszeit in die Arme des Verbrechens geratenen Jugendlichen nicht nach dem Kriege ausgebildete und zum größten Teile unverbesserliche Verbrecher sein werden.

Wir erschöpfen während des Krieges alle unsere Mittel! Woher sollen die geistigen, moralischen und materiellen Kräfte kommen, um nach dem Kriege das Strafrechtbuch von Grund aus zu reformieren, den vollständig verrotteten, nicht nur wertlosen, sondern den Jugendlichen schweren Schaden bringenden Strafvolzug zu ersetzen durch ein System, das die Besserung der dem Verbrechen anheim Gefallenen in Aussicht stellt?

Man spricht nicht gern von diesen Dingen und doch handelt es sich hier wahrlich um die bedeutamsten Fragen unseres Volkstums weit mehr als bei allem Streben der Deutschen Vaterlandspartei! Sollen wir so lange kämpfen, bis wir die ganze Welt erobern und dabei unser eigen Fleisch und Blut zugrunde gehen sehen?

Die durch den Krieg verursachten moralischen Verluste sind sehr mannigfach, wir sind hier bloß auf einen näher eingegangen. Wir sind uns des ganzen Ernstes des moralischen Niederganges während der Kriegszeit vollkommen bewußt. Neben den Einbußen des deutschen Volkes an Leben, Gesundheit, Hoffnungen, an Ansehen und Freundschaft, an Geld und Gut sind auch die moralischen Verluste des Krieges in Rechnung zu stellen, die alle ins Auge gefaßt werden sollten, wenn wir dem Volke die Rehrseite der Kriegserfolge klarzumachen haben.

## Die Kämpfe im Westen.

Am 21. April war seit Beginn der deutschen Offensive ein Monat verstrichen. In dieser Zeit erlitten die Engländer, Franzosen und Portugiesen eine schwere Niederlage nach der anderen und ließen über 117000 Gefangene in deutscher Hand. Die Geschütze heute übersteigt die gewaltige Zahl 1550. Die Zählung der vielen Tausende genomener Maschinengewehre ist noch nicht abgeschlossen. Ueber 200 Tanks mußte der Feind den deutschen Angreifern überlassen. Ein weiterer beträchtlicher Teil seiner Panzerwagen wurde zusammengeschossen. Auf dem weiten Schlachtfelde von Hollenbeck bis zur Dife leistete England den deutschen Kämpfern in Gestalt ungezählter Munitions-, Verpflegung- und Bekleidungsdeposits mit unerschöpflichen Beständen einen zwar unfreiwilligen, aber unendlich wertvollen Kräftezuwachs. Auf der lang ausgebreiteten Kampffront wurden weit über 100 Kilometer englische Stellungen meilenlang überannt; was in diesem, mit allen Mitteln moderner Befestigungskunst angelegten Grabensystemen an Draht, Holz, Beton, Stahl, Kupfer, Eisen, Panzerungen, Feldbahngerät, Telephonverbindungen, unterirdischen Kanälen und dergleichen angelegt war und nun für England verloren ist, läßt sich in Geldeswert nicht annähernd angeben. Die blutigen Verluste der Engländer betragen bereits am 5. April über 500 000 Mann und haben sich während des zweiten großen deutschen Angriffes an der Ess ins Unge-

heure gesteigert. Hierzu kommen die schweren Blutopfer der Portugiesen, vor allem der Franzosen, die überall an den Brennpunkten des Kampfes in dichten Massen die schwer bedrückte britische Lage wieder herstellen mußten. Besonders heiderseits der Somme, an der Aisne, südlich der Dife, bei Couchy-la-Chateau und in Flandern liegen die Franzosen viele Tausende liegen. Sie wurden zu immer weiterem Einsatz ihrer bisher zurückgehaltenen Reservisten und zum schleunigen Abtransporte der nach Italien abgegebenen Hilfskräfte gezwungen. Die Engländer verloren während dieses einen kurzen Monats nicht nur den ganzen Gewinn der halbjährigen Sommeschlacht und den Restteil des Erfolges bei Cambrai, sondern sie mußten überdies zwei Drittel des in 16 Flandern-Schlachten teuer erkaufenen Raumgewinnes wieder hergeben. Dieser Geländeverlust wird zum Schaden Frankreichs durch diejenigen Gebiete erweitert, die die zurückgehenden Engländer in deutsche Hände fallen ließen. Damit sind weite, blühende, bisher vom Kampf verschonte französische Landstriche dem Kriegsleiden preisgegeben. Der schwere, beiderseitige Artilleriekampf legte zahlreiche friedliche Städte und Dörfer in Trümmer und verwandelte üppige Wälder und Fluren in Einöden. Der Gesamtgeländegewinn beträgt viele Tausende Quadratkilometer. Die Hauptbahnverbindungen der Entente in Frankreich mit den wichtigen Bahnzentren Amiens, Doullens, St. Pol und Hazebrouk liegen unter deutschem Feuer und sind zum Teil ausgeschaltet.

Zwischen Maas und Mosel, beiderseits Seicheprey, haben deutsche Truppen die amerikanischen Stellungen angegriffen. Das Unternehmen führte dank sorgfältiger Vorbereitung und gutem Zusammenwirken aller Waffen zu einem vollen Erfolg. Nach wirkungsvoller Feuerorbereitung durch die Artillerie und Minenwerfer, während der der Feind bereits schwere Verluste erlitt, führten die Deutschen die Stellungen der gegenüberliegenden amerikanischen Division in zwei Kilometer Breite und tiefen teilweise bis zu zwei Kilometer Tiefe vor. Der Ort Seicheprey wurde erstritten. Er lag voller amerikanischer Leichen. Um die Unterstände und Keller entspannen sich erbitterte Nahkämpfe, bei denen die sich tapfer während der Besetzung fast bis auf den letzten Mann umkämpften. Auch um einzelne Unterstandsgruppen im Kemiere-Walde kam es zu Handgemenge. Hier waren die amerikanischen Verluste besonders hoch. Die anfangs mächtige Artilleriegegewirkung steigerte sich im Laufe des Tages von 10 Uhr vormittags an, flaute aber schon nach 3 Uhr nachmittags wesentlich ab. Nördlich Beaumont sowie um Bernicourt kam man feindliche Verstärkungen gegen 2 Uhr nachmittags herannahen. Unter gut liegendes Artilleriefeuer jagte die dichten Marschkolonnen und zersprengte sie unter schweren Feindverlusten. Um 5 Uhr 30 nachmittags wurde das Aufjücken der feindlichen Gräben im Jury-Walde beobachtet. Gleichzeitig stellten die deutschen Flieger weiter rückwärts feindliche Reservisten fest und griffen sie sofort mit Maschinengewehrfeuer an. Gegen die dichtgefüllten Gräben am Jury-Walde jagten zahlreiche deutsche Batterien ihr Feuer zusammen, das mitten in die bereitgestellten Sturmtruppen schlug. Nach Einbruch der Dunkelheit, nachdem die feindlichen Verteidigungsanlagen und Unterstände zerstört und gesprengt waren, wurden die genommenen Stellungen planmäßig und vom Gegner unbemerkt wieder geräumt.

Der Militärkritiker des „Bund“ vermutet, daß die allgemeine Entwicklung der Schlacht im Westen bei größerer englisch-französischen Gegenangriffen angelant sei. Vielleicht seien die Kämpfe auf den Aisne-Höhen bei Castel ein Ueberbleibsel einer großgedachten Gegenoffensive Frankreichs, die nicht gedeihe, weil die französischen Mandriermassen schon zu stark auseinander gezogen und gebunden seien. Daß diese Bindung beinahe zur völligen Aufzehrung der vom Versailles Kriegsrat geschaffenen strategischen Reservisten geführt haben, beweise das Heranführen italienischer Divisionen, die den Weg über den Mont Cenis gefunden haben, um fern von der Aisne in der Pila die zu kämpfen. Von den 100 000 bis 150 000 Streitern, die die Amerikaner bei einer Kopfstärke von 380 000 bis 400 000 jetzt in Europa stehen hatten, sei keine bestimmende Einwirkung zu erwarten, wenn 400 Divisionen im Felde lägen. General Diaz werde die nach Frankreich bestimmten Divisionen schweren Herzens abrüden sehen. Mögen es vielleicht nur 2 bis 6 Divisionen sein, die durch geschickte Ausnützung der neu aufgestellten Armeemassen freigemacht würden, so sei damit doch gesagt, daß die Italiener sich an der Aisne auf die Verteidigung beschränken müssen und Gefahr laufen, nicht genügende Kräfte zur Stelle zu haben, wenn Oesterreicher und Ungarn angreifen.

Der General Joch hat sich weiter verbürgt. Am Donnerstag hat er im Hauptquartier den anwesenden Kriegsbefehlshabern erklärt, wie er für Amiens und Compiegne gebürtig habe, so bürgte er auch dafür, daß Calais für den Feind unenehmbar bleibe. — Und wenn es nun doch anders kommt? Na, dann hat Joch sich eben verrecknet.

Wie ernst die Lage ist, dafür legt ein Tagesbefehl des englischen Generals Haig Zeugnis ab, der von „Daily News“ wie folgt besprochen wird: „Kein Engländer kann den Aufruf Haigs an die Truppen ohne Bewegung lesen. Ein britischer General jagt seinen Leuten nicht leichtfertig, daß jede Stellung bis zum letzten Mann gehalten werden muß, daß kein Rückzug statfinden darf und daß sie mit dem Rücken gegen den Wind kämpfen. Die Gründe

Für eine derartige Sprache Haigs ergeben sich aus der Schlachtlarte. Der Feind steht bei Bailleul, halbwegs nach Hagebroul. Ansehend wurden unsere Stellungen auf dem Höhenrücken Messines im Rücken umgangen, die ganze Nordarmee schwebt in der Luft, ihre Verbindungen sind in großer Gefahr. Es wäre ein Torheit, auf Grund der Tatsachen, soweit sie uns bekannt sind, den äußersten Ernst der Lage oder die Möglichkeit der Katastrophe zu verkennen, neben der alle anderen dieses Krieges bedeutungslos erscheinen müssen.

Infolge der Ereignisse im Westen hat der amerikanische General Crowden die Mobilisation aller brauchbaren Männer Amerikas zwischen dem 18. und 50. Lebensjahre gefordert. Ob diesem Vorschlag entsprochen wird, bleibt aber abzuwarten.

### Die deutschen Heeresberichte.

III. Großes Hauptquartier, 21. April. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz. In den Schlachtfeldern führten beiderseitige Erkundungen zu heftigen Infanteriegefechten. Bei La Bassée, Lens und Albert lebhafteste Feuerkämpfe. Auch zwischen Nord und Dôle war die Artillerietätigkeit vielfach reg.

Heeresgruppen Gallwih und Herzog Albrecht.

Zwischen Maas und Mosel griffen niederländische Bataillone Amerikaner in ihren Stellungen bei Seicheprie an. Sie erstickten den Ort und stießen bis zu zwei Kilometer Tiefe in die feindlichen Linien vor. Schwächere Gegenstöße des Feindes wurden abgewiesen, stärkere Angriffsversuche durch Niederhalten im Ausmarsch und in der Bereitstellung erkannter Truppen vereitelt. In der Nacht wurden unsere Sturmtruppen nach Zerstörung der feindlichen Anlagen in ihre Ausgangslinien zurückgenommen. Die blutigen Verluste der Amerikaner sind außerordentlich hoch. 183 Amerikaner, darunter 5 Offiziere, wurden gefangen. 25 Maschinengewehre erbeutet. Nordwestlich Merville (östlich von Pont à Mousson) machten wir im Vorfeldkämpfe mit Franzosen Gefangene.

Rittmeister Freiherr von Nischhofen errang an der Spitze seiner bewährten Jagdstaffel 11 seinen 79. und 80., Leutnant Badler seinen 31. Aufstieg.

### Osten.

#### Ukraine.

Nach Überwinden feindlichen Widerstandes bei Nereskop und Kert-Kaef haben sich unsere Truppen den Weg in die Krime geöffnet.

#### Mazedonische Front.

Kege Tätigkeit des Feindes westlich vom Doiran-See und in der Struma-ebene.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

III. Berlin, 21. April, abends. (Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

## Was der Krieg bringt.

### Der österreichisch-ungarische Bericht.

Wien, 21. April. (Amtlich.)

In der Südwestfront lebten an vielen Stellen der Artillerietampf und die Erkundungstätigkeit auf. Hauptmann Brumowski errang im Luftkampf zum 29. Male einen Sieg.

### 3 450 000 Gefangene.

Bis 1. März 1918 machten die Mittelmächte nach einer Berliner Meldung drei Millionen 450 000 Gefangene. Diese Zahl übersteigt die Gesamtzahl der männlichen Erwerbstätigen Schwedens, Norwegens und Dänemarks um mehr als eine halbe Million. Sie übersteigt ein Fünftel der männlichen Erwerbstätigen Deutschlands im Frieden. Die Mittelmächte gewannen damit ein Arbeitsheer, das auf wichtigen Gebieten der Volkswirtschaft wertvolle Dienste leistet und einen großen Teil der zum Kriegsdienst einberufenen eigenen Arbeitsträfte ersetzt. Mit der Dauer des Krieges wächst dieses Arbeitsheer und seine Anpassung an die wirtschaftlichen und technischen Bedürfnisse der Mittelmächte. Brauchte doch die siegreiche Weltmacht Deutschland in diesem Monat einen Gefangenenzuwachs von rund 125 000 Mann.

### Eine neue Friedensaktion des Papstes.

Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ aus sicherer Quelle errieth, hält sich der Papst bereit, zu einem Zeitpunkt, der die Ergebnisse der neuen Kämpfe an der Westfront in klareren Umrißen erkennbar zeigt und als zu einem neuen Abschlus des Krieges verdrängter erscheinen läßt, mit einem neuen Friedenswort hervorzutreten. Jeder wahre Menschenfreund muß wünschen, daß dieser neue Schritt des Papstes, sobald er unternommen wird, Erfolg hat.

### Der Gefangenenustausch mit England.

Berlin, 20. April. Der nach dem Abschluß der Friedensverträge mit unseren östlichen Gegnern bevorstehende Gefangenenustausch kann, wie bereits häufig hervorgehoben wurde, nicht zur sofortigen Rückkehr aller deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen führen, da die weiten Entfernungen der Gefangenenlager und Verschickungsplätze in England sowie die durch den Krieg und die inneren Unruhen vollkommenen gestörten Verkehrsverhältnisse dem entgegenstehen. Umgekehrt wird natürlich, schon wegen der weitaus größeren Zahl der in unseren Händen befindlichen Gefangenen und wegen der Inanspruchnahme der deutschen Verkehrsmittel durch den noch fortbestehenden Kriegszustand mit unseren westlichen Gegnern, der Abtransport dieser Gefangenen auch nur sehr langsam vor sich gehen können und sich auf eine geraume Zeit ausdehnen. Die Russen werden sich hiermit ebenso abzufinden haben wie unsere Gefangenen, vor denen sie den Vorteil voraus haben, in gefährlichen Verhältnissen den Zeitpunkt ihrer Heimreise abzuwarten, falls sie es nicht vorziehen, überhaupt in Deutschland zu bleiben.

### Russische Kriegsschiffe in jüngerer Eisefahrt.

Die Meldungen über die deutsche Finalandemachung haben wiederholt auf die außerordentlichen Schwierigkeiten hingewiesen, die die Schiffsbewegungen und Landungen durch die noch teilweise bestehende Vereisung im Finnischen Meerbusen erleiden.

An „Jermak“, „Wotr Weliki“, „Armato“, „Lubow“ liegen östlich von Hochland ohne Kohlen in kritischer Lage fest im Eis. Bitte sofort Hilfe. „Wotr Weliki“.

Diese drei Schiffe waren dem deutschen Geschwader am Abend des 11. April auf seinem Vormarsch gegen Helsingfors begegnet. Die russischen Schiffe befanden sich offenbar auf dem Wege von Helsingfors nach Kronstadt. „Jermak“ ist der bekannte Riesen-Eisbrecher von 8000 Tonnen der russischen Kriegsmarine.

Die Eisgefahr selbst für arktische und harte Schiffe dort oben liegt darin, daß sie mit dem Eisfeldern oder dem Packeis zusammen bei Wind abgetrieben werden und auf eins der zahllosen Felsenriffe der finnischen Gewässer treiben. Auch ein Voranfergehen, selbst mit stärkstem Ankerseil, würde nichts nützen, da die Wucht der Eismassen die Anker über den Grund ziehen oder die Ankerketten brechen würde. Zudem erlauben die großen Wassertiefen des Finnischen Meerbusens nur an wenigen Stellen ein Anker.

Ueber das Schicksal der drei hilflosen, mit Tausenden von Angehörigen männlichen und weiblichen Geschlechts der russischen Marine besetzten Schiffe ist weiteres nicht bekannt geworden.

### Wendel in Wladivostok.

Die „Fain Mail“ meldet aus Tokio vom 10. April: Western feuerten in Wladivostok in der Dunkelheit bolschewistische Truppen auf japanische Marinekruppen. Diese erwiderten das Feuer. Sie hatten keine Verluste.

### Nach Rappoport Broutchou.

Die Verhaftungen wegen „defaitistischer Äußerungen“ werden in Frankreich unter Clemenceaus Herrschaft eifrig fortgesetzt. Nach Rappoport ist jetzt, wie die „Humanite“ meldet, der Syndikalführer Broutchou in Haft genommen worden und wird in kürzester Zeit vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Die Verhaftung ist erfolgt wegen eines Gesprächs, das Broutchou in der Straßenbahn mit zwei anderen Fahrern hatte und das seine Verhaftung auf Grund des Gesetzes vom 5. August 1914 rechtfertigen soll. Broutchou ist Kriegsinvalide. Die „Humanite“ erinnert daran, daß er nicht das erstemal durch Clemenceau das Schicksal der Verhaftung erleidet. Bereits im Jahre 1906 ließ ihn Clemenceau als einen der Führer des Streiks, der im Kohlenbecken Nordfrankreichs nach dem Unglück von Courchieres entstand, in Haft nehmen.

Ueber Rappoport teilt die „Humanite“ mit, daß er seit seiner Verhaftung erst einmal verhört ist. Seinem Verteidiger war es bisher noch nicht möglich den genauen Gegenstand der Anklage zu erfahren. Man erklärte ihm, daß man noch auf die Ueberführung der Beweisstücke warte, die in der Wohnung der Beschuldigten gefunden wurden. Diese Beweisstücke bestehen aus russischen und deutschen Zeitungen sowie Briefen, die bis in das Jahr 1917 zurückreichen.

### Clemenceau—Czernin.

Aus Paris wird gemeldet: Clemenceau und Bichou haben in der Senatskommission für Auswärtige Angelegenheiten, für Heer und Marine Mitteilungen über den jüngsten diplomatischen Zwischenfall auf Grund der Erklärungen Czernins gemacht. Clemenceau legte die Beweisstücke vor. Ribot sprach über die Ereignisse in der Zeit, als er den Posten des Ministerpräsidenten bekleidete.

Das Tagesgespräch der Gegner und Anhänger Clemenceaus bildet eine im Namen der linken Kammergruppen von dem Sozialisten Cachin gemachte Ankündigung, die darin gipfelt, Clemenceau soll in Anklagezustand versetzt werden, weil er fortjähre, zum Verderben der Welt alle mit der Ehre und den Interessen Frankreichs zu vereinbarenden Friedensbestrebungen durchaus zu vereiteln. Cachin hebt hervor, daß ein Vertrauensmann Clond Georges noch in allerjüngster Zeit die zwischen General Smuts und dem Grafen Wlensdorff besprochenen Gelegenheiten wieder aufzunehmen betraut war, ebenso seien belgische Persönlichkeiten bestrebt gewesen, die zerrissenen Fäden wieder anzuknüpfen. Aus reiner Nechthaberei habe Clemenceau alles vereitelt, was dem mörderischen Völkerringen ein Ende bereiten könne.

Wir geben die letztere Meldung zunächst nur registrierend wieder.

### Ein neuer Gewaltstreik gegen Holland?

Die „Köln. Ztg.“ meldet: Aus dem Haag verlautet, daß der Verband, gerrieben durch die Schiffsraumnot, unter der er leidet, den Versuch machen wird, die in holländischen Kolonien liegenden Schiffe wegzunehmen, gegebenenfalls auch ohne die Zustimmung der holländischen Regierung unter Anwendung von militärischem Druck. Es muß zweifelhaft erscheinen, ob die Regierungen des Verbandes in der herrschenden Not so weit gehen wollen. Holland in den Krieg zu treiben. Die Wegnahme deutscher Schiffe, die in holländischen Häfen den vollen Schutz des holländischen Staates genießen, könnte nur unter Verletzung der holländischen Souveränität durch den Verband durchgeführt werden. Allerdings wird der Verband nach der bisherigen Haltung Hollands nicht im Unklaren darüber sein, daß die holländische Regierung sich eine derartige schwere Verletzung ihrer Neutralität nicht gefallen lassen wird, denn in Holland ist mehrfach ausdrücklich erklärt worden, daß derjenige als Hollands Feind gelten werde, der die holländische Souveränität verletzt. Diese Auffassung wird zweifellos auch die Haltung Hollands im vorliegenden Fall bestimmen müssen.

Sollte die Entente wirklich zu diesem neuen Gewaltstreik ausholen, dann kann auch Holland noch sehr leicht in den Strudel des Krieges hineingerissen werden.

### Die Neuorientierung in Italien.

Orlando brachte ein Gesetz ein, demzufolge alle Personen, die im Heere gedient haben, das Stimmrecht gegeben wird, auch wenn die Betreffenden das 21. Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Ein weiteres Gesetz verlängert die Legislaturperiode um ein Jahr mit der Begründung, daß der bei den Neuwahlen unvermeidliche Parteienkampf die Interessen des Landes schaden könne. „Corriere della Sera“ bemerkt zum Wahlgesetz: Das italienische Volk erwartet, daß Salandras Vorstoß von der Regierung angenommen werden wird und daß die Grenze für das Stimmrecht auch für die Friedenszeit herabgesetzt wird.

In Preußen legt man das Wahlalter sogar noch von 24 auf 25 Jahre herauf! Und das nennt man dann Volk „Neuorientierung“!

### Die italienischen Sozialisten und der Krieg.

Das sozialistische Hauptorgan Italiens, der „Avanti“, schreibt: Die offizielle sozialistische Partei Italiens hält unverändert an ihrer Gegnerschaft gegen die Kriegspolitik fest und wird in der Kammer nach wie vor danach trachten, auf die Entschlüsse der Regierung den größtmöglichen Einfluß zu gewinnen. Andeutungen von bürgerlicher Seite, als ob die sozialistische Partei mit Rücksicht auf die Ereignisse an der Westfront ihre kriegsfeindliche Haltung ändern würde, widersprechen den Tatsachen.

### Die freie Parlamentsberichterstattung in Italien aufgehoben.

Die neue Eisungsperiode der italienischen Kammer hat gestern begonnen. Ueber die Verhandlungen darf nur ein amtlicher Einheitsbericht, wie ihn die „Freiheit“ kämpfenden Interventionisten schon längst fordern, ausgegeben werden.

### Ein englisches Wundergeschick.

Die „Fürcher Post“ meldet aus Paris: Das „Journal“ läßt sich aus London melden, der Unterstaatssekretär des Krieges habe erklärt, mit den Vorarbeiten der Konstruktion eines Geleitzuges mit 330 Kilometer Tragweite sei bereits begonnen.

Arbeitet hier nicht die Phantasie etwas zu stark?

### Gunsmans in England festgehalten?

Die „Kölnische Zeitung“ gibt eine Meldung des Pariser „Matin“ wieder, wonach Gunsman, der Sekretär des Internationalen Bureaus, sich noch immer in London befindet. Gunsman wollte gemeinsam mit den französischen Sozialisten Cochin und Touhaux vor etwa Monatsfrist nach Amerika reisen, um die amerikanischen Arbeiter für den internationalen Friedenskongress zu interessieren, als die Nachricht eintraf, daß bereits eine amerikanische Delegation auf dem Wege nach Europa sich befindet. Vorturgen habe nun Gunsman England verlassen wollen, die Schiffsmannschaft aber habe ihn erkannt und sich geweigert, ihn zu befördern. — Es wird immer „besser“!

### Bereinigung aller Iren gegen die Dienstpflicht.

Nach einer Meldung des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus London haben die Führer der Nationalistenpartei und der Sinnfeinerpartei in Dublin unter dem Vorsitz des Lord-Mayors eine gemeinsame Konferenz abgehalten. Diese gemeinsame Beratung hat in Irland tiefen Eindruck gemacht. Alle Gruppen der nationalistischen Partei, auch der Gewerkschaften, waren dabei vertreten. Dillon, Healy, de Valera und O'Brien begaben sich nach Mayo nach in der Grafschaft Leitrim, um sich dort mit der hohen katholischen Geistlichkeit, die ebenfalls zu einer Beratung zusammengetreten war, zu besprechen. Die Bischöfe hatten inzwischen bereits beschlossen, daß am nächsten Sonntag in allen irischen Pfarrgemeinden Versammlungen abgehalten werden sollen, deren Teilnehmer folgendes Gelöbnis ablehnen sollen: „Wir verpflichten uns, jeder für sich und alle gemeinsam, uns mit den kräftigsten Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, der Dienstpflicht zu widersetzen.“ In allen katholischen Kirchen Irlands werden am nächsten Sonntag Bittgottesdienste abgehalten werden, „daß die Heimführung, von der Irland bedroht werde, von ihm abgewendet werden möge.“

Neuter meldet aus London vom 20. d. M.: Auf einer in Dublin abgehaltenen Versammlung der irischen nationalistischen Mitglieder im Unterhause ist beschlossen worden, daß sie in Irland verbleiben, um den Widerstand gegen die Dienstpflicht zu organisieren.

### Wie Amerika die Ausbehnung der Dienstpflicht auf Irland aufnimmt.

Die von Neuter und der Northcliffe-Presse mitgeteilten beifälligen Neuierungen Neuposter Blätter zur Einführung der Wehrpflicht in Irland geben ein völlig falsches Bild der Stellung der amerikanischen öffentlichen Meinung zu den fraglichen Maßnahmen. Die wirkliche Stimmung ergibt sich aus folgendem Kabeltelegramm des auf der Werbereise für die irischen Nationalisten durch die Vereinigten Staaten begriffenen Parlamentariers O'Connor an „Daily Chronicle“: Die irische Wehrpflicht macht hier allem ein Ende. Gardiner sagt dazu im „Daily News“: Ja, das macht dort allem ein Ende. Man bedenke diese durch die amerikanische Presse flammende Kriegserklärung an Irland, man bedenke die Entrüstung, die wie eine Plutwelle durch die Vereinigten Staaten geht; man bedenke den Berg der Schwierigkeiten, der dadurch über Nacht auf den Pfaden des Präsidenten errichtet wird.

### Eine indische Homerule-Mission.

Die „Times“ meldet aus Simla: Eine indische Homerule-Mission ist nach England unterwegs. Ihr Führer, Rechtsanwalt Tisak faate bei der Abfahrt, daß er dem englischen Volke erzählen wolle, daß ohne die Gewähr von Homerule für Irland und Indien England Gefahr laufe, sein Weltreich verstimmt zu sehen, wenn nicht ganz zu verlieren. Diese Aeußerung, sagt der Berichtsteller der „Times“, hat in der indischen Presse viele Kommentare hervorgerufen.

### Keine Kriegserklärung Uruguays.

Die „Agencia Americana“ meldet aus Montevideo: Der Minister des Aeußern von Uruguay, Burn, veröffentlichte eine Note, in der er die von Buenos Aires ausgegangene Nachricht dementiert, daß eine Kriegserklärung Uruguays an Deutschland ergangen sei. Burn erklärt die Nachricht für verriut und bestreitet, daß er den Präsidenten von Argentinien, Srigoyen, nach der Haltung gefragt habe, die Argentinien im Falle einer Kriegserklärung Uruguays an Deutschland einnehmen würde.

### Der Krieg auf den Meeren.

III. Berlin, 20. April. (Amtlich.) Wieder wurden 28000 Brutto-Registertonnen versenkt. Hiervon hat das Unterseeboot unter der berühmten Führung des Kapitänleutnants Rose in jüher, fast zweitägiger Verfolgung eines stark gesicherten Geleitzuges bei dreierem, die Tätigkeit des Bootes behindernden Wetter drei Dampfer mit zusammen über 21000 Br.-Reg.To. aus einem Geleitzuge herausgeschossen. Darunter befanden sich die englischen Dampfer „Fort Campbell“, 6230 Br.-Reg.-Tonnen, und der Landdampfer „Cardillac“, 11140 Brutto-Registertonnen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Berlin, 21. April. Im östlichen Teil des Arnel-Kanals auf der Linie, auf der vorwiegend die Kriegsmaterial-Transporte des Feindes vor sich gehen, hat eines unserer U-Boote, Kommandant Oberleutnant zur See Wargisch, den voll beladenen englischen Dampfer „Highland Brigade“ (5660 Brutto-Registertonnen) und einen weiteren mindestens 5000 Brutto-Registertonnen großen Dampfer angefohlen, den letzteren aus großem stark gesicherten Geleitzuge heraus. Gesamt-Tonnage aus den neuerdings eingegangenen Meldungen 15000 Brutto-Registertonnen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

### Keine Nachrichten.

Die Fernbeschießung von Paris ist fortgesetzt worden. Die aus Reval und Dorpat im Februar verschleppten Balken sind nunmehr zurückgeführt.

# Politische Rundschau.

Deutschland.

## Für bessere Familienunterstützung!

Zum Haushalt des Reichsamts des Innern hat die sozialdemokratische Fraktion folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Verordnung vom 2. November 1917 betreffend die Unterstützung der Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften dahin abzuändern, daß die Lieferungsverbände verpflichtet werden, die bis zum 1. Oktober 1917 gezahlten Mindestsätze der Familienunterstützungen ab 1. April 1918 je nach den örtlichen Verhältnissen, mindestens aber um 5 Mk. monatlich für jeden Unterstützten zu erhöhen.

## Die Ablehnung des allgemeinen Wahlrechts gesichert!

Wie die „Deutsche Zeitung“, das Hauptorgan der Alldeutschen und damit auch der Wahlrechtsgegner, mitteilt, besteht bei der Mehrheit der nationalliberalen Landtagsfraktion nach wie vor der Wille, in der Volkshausung des Abgeordnetenhauses, „unter allen Umständen gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts zu stimmen“. Wenn diese Mehrheit in diesem Vorhaben fest bleibe, so erscheine das Schicksal der Wahlrechtsvorlage besiegelt und — so jubelt das Blatt — ihre Ablehnung gesichert. Mit einer Uebersetzung, die ihrer Sache sicher zu sein scheint, sagt das Blatt weiter:

„Eine Erwägung muß vor allem diesen Willen der nationalliberalen Gegner des gleichen Wahlrechts ins Unbewußte stärken: die Erwägung, daß es die Pflicht auf das vaterländische Gesamtwohl der Regierung verbietet, die Auflösung des Abgeordnetenhauses zu wagen und so inmitten des Krieges einen leidenschaftlichen Wahlkampf zu entfesseln.“

Bei dem Gedanken an eine Auflösung des Landtages als Folge der Ablehnung des Wahlrechts ist augenscheinlich allen Wahlrechtsmännern nicht ganz wohl, nachdem im Hintergrunde dieser Auflösung die Gefahr einer einheitlichen Kampffront aller Wahlrechtsfreunde sichtbar geworden ist. Das sollte auch uns zu denken geben. Die Regierung kann aber die Ablehnung ihrer Wahlrechtsanträge nicht tatenlos hinnehmen. Sie muß den Kampf aufnehmen. Sie wird es, wenn die Voraussetzungen des alldeutschen Blattes zutreffen „wagen“ müssen, die Herren des Dreiklassenhauses nach Hause zu schicken!

## Oesterreich-Ungarn.

### Demonstrationsstreik in Budapest.

Die Arbeiterschaft verankerte Freitag einen halb stündigen Demonstrationsstreik für das allgemeine und geheime Stimmrecht. In allen Fabriken und Betrieben wurde die Arbeit auf eine halbe Stunde eingestellt. Die Straßenbahn stand ebenfalls eine halbe Stunde still. Während dieser Pause wurden in allen Fabriken seitens der Arbeiter an die Betriebsleitungen sowie in den unter militärischer Aufsicht stehenden Betrieben an das Militärkommando Eingaben überreicht, worin die Erneuerung einer Regierung gefordert wurde, die die sofortige Einführung des allgemeinen und geheimen Stimmrechts durchführe.

**Kampfkennung der österreichischen Slawen.** Die Präsidien des tschechischen und südslawischen Bundes berieten gemeinsam über den Wechsel im Außenministerium. Die von den Slawen veröffentlichte parlamentarische Mitteilung über die Beratung wendet sich in heftigen Worten gegen den Grafen Czernin und die deutschen Parteien und erklärt, die tschechische und südslawische Delegation werde auch weiterhin die demokratische Politik betreiben, mit dem Zweck, den österreichisch-ungarischen Nationen den sofortigen Frieden zu erkämpfen, durch den auch unter ihnen ein dauernder Frieden geschaffen werden solle. Beide Klubs hegen zu dem neuen Außenminister kein Vertrauen.

## Dänemark.

**Die neuen Wählerlisten.** Ueberwiegen der weiblichen Wähler. Die neue dänische Verfassung vom 5. Juni 1913, die bei den am 22. April stattfindenden Volkskingswahlen zum erstenmal Anwendung finden soll, hat die Zahl der Wähler in Dänemark um 117 Prozent erhöht, nämlich von 505 000 auf 1 214 000. Hiervon sind 579 000 Männer und 635 000 Frauen. 92 Prozent Wählerzunahme sind auf die Wahlberechtigung der Frauen zurückzuführen. Durch die Wahlberechtigung des weiblichen Geschlechts und die Befreiung der Wohnortsbestimmungen sind 6 Prozent oder 40 300 neue Wähler hinzugekommen, infolge der Herabsetzung der Altersgrenze von 30 auf 29 Jahre hat sich die Wählerzahl um 2 Prozent gleich 16 700 erhöht. Auf je 1000 Wähler kommen im Durchschnitt 477 Männer und 523 Frauen. Die Frauen befinden sich in den Städten und namentlich in der Hauptstadt in der Mehrzahl, bilden aber auf dem flachen Lande die Minderheit. So kommen z. B. in Kopenhagen nur 439 Männer auf 1000 Wähler, in den Provinzstädten 460 auf 1000, auf dem Lande dagegen 501 auf 1000. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß die Beteiligung der Frauen an den Wahlen den Ausschlag herbeiführen kann. Es ist zu erwarten, daß die Mehrzahl der Frauen für die Sozialdemokratie stimmen wird so wie es bei den letzten Reichstagswahlen in Norwegen der Fall war, wo die Frauen der Sozialdemokratie den Sieg verschafften. Die Voraussetzungen hierfür sind nämlich in Dänemark die gleichen wie in Norwegen: die Wirkungen der Teuerung.

## Afien.

**Die Lage in Sibirien.** Die Blätter berichten aus Petersburg: Da die chinesische Regierung die Grenze für den Handelsverkehr der Maximalisten gesperrt hat, beschloß der Rat der Volkskommissare auf Antrag Lenin's, die Unabhängigkeit der südchinesischen Provinzen anzuerkennen und über die Regierung von Peking den „Bann der Sowjets der ganzen Welt“ zu verhängen. Ein Volkskommissar wird nach China reisen, um sich mit den Aufständischen des Südens in Verbindung zu setzen und dort chinesische Arbeiter- und Soldatensovjets nach russischem Muster zu organisieren.

# Der amtliche Kriegsbericht.

III. Großes Hauptquartier, 22. April. (Wittich.)  
Wöchlicher Kriegsjahresbericht.

In den Schlachtfeldern östliche Infanterie-Unternehmungen. Versuche des Feindes, über den La-Basse-Kanal nordwestlich von Bethune vorzudringen, scheiterten in unserem Gener. Nordlich von Albert nahmen wir 88 Engländer, darunter 2 Offiziere, gefangen und erbeuteten 22 Minenwerfer und einige Maschinengewehre. Der Artilleriekampf lebte nur an wenigen Abschnitten auf.

An der übrigen Front blieb die Wächertätigkeit in mäßigen Grenzen. Südwestlich von Arras machten wir bei einem Erkundungsvorstoß Gefangene.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.  
Ludendorff.

## Aus Süden und den Nachbargebieten.

Montag, 22. April.

### Weltkrieg!

Da liegt die Welt,  
Ein Leichenfeld,  
Durchstößt von Sturm und Hag;  
Und was sie tut,  
Es macht von Blut  
Den heil'gen Boden ras.

Die Welt, sie schreit  
In ihrem Leid  
Nach Frieden hoch und hehr.  
Bringt einst ein Glück  
Ihn ihr zurück,  
Lebt, ach! kein Mensch wohl mehr!

J. S.

### Der Antrag der Eroberungspolitiker.

Wie uns mitgeteilt wird, wird in der nächsten Sitzung der Lübecker Bürgerschaft folgender Antrag, der von Mitgliedern der Bürgerschaft eingereicht ist, zur Verhandlung gelangen:

Die Bürgerschaft ersucht in Uebereinstimmung mit dem zurzeit der Hamburger Bürgerschaft vorliegenden Antrag den Senat angeht die finanziellen Lage des Reiches und der durch den Krieg teilweise schwer getroffenen Bundesstaaten im Bundesrat dahin zu wirken, daß bei den weiteren Friedensschritten neben einer zuchgreifenden Sicherung unserer kontinentalen Grenzen,

1. auf eine ausreichende Kriegsschädigung seitens unserer Feinde, gegebenenfalls durch eine gezielte vorzugsweise Lieferung von Rohstoffen,
2. auf den Ausbau eines den Bedürfnissen unseres Volkes entsprechenden großen Kolonialbesitzes,
3. auf eine wirksame Sicherung der berechtigten deutschen Forderungen an das Ausland Bedacht genommen wird.

Die Lübecker Bürgerschaft ist nur selten das Forum für die hohe Politik. Außer der sozialdemokratischen Fraktion gibt es dort keine nach politischen Gesichtspunkten oder Grundfragen gebildete Vereinigungen. Und oft hat man Gelegenheit, zu beobachten, wie wenig unterrichtet manche Bürgerschaftsmitglieder über Dinge der Reichspolitik sind. Nun sollen diese unpolitischen Leute mitgehelfen, die Geschäfte der angeblichen Vaterlandspartei zu besorgen. Denn das ist der Zweck des vorliegenden Antrages. Wer ihn unterstützt und eingeleitet hat, wird vorläufig noch nicht gesagt. Das Organ der heiligen „Vaterlandspartei“ begrüßt ihn mit folgendem Senf der Erleichterung:

„Die Hansestädte voran! Mit Genugtuung wird es allerorts begrüßt, daß wieder einmal, wie schon häufig, in entscheidenden Stunden des Krieges aus den Hansestädten richtunggebende Worte über die Notwendigkeiten, die der Kriegsschluß erfüllen muß, erklingen.“

„Richtunggebende Worte“ soll der Antrag der Eroberungspolitiker bringen. Jagen behaupten, wie sie nun einmal sind, die Herrschaften von der Vaterlandspartei, die dahinter stehen. Die Richtung ist aber doch nicht ganz neu, die er einschlägt. Da die große Mehrheit der Lübecker Bevölkerung zu den Zielen der Vaterlandspartei keinerlei Beziehungen hat, so berührt es um so selbstverständlicher, wenn das Amtsblatt unbestimmt behauptet, der Antrag werde „allerseits mit Genugtuung begrüßt“. Guten Tag, Herr Allerseits! Das eine Gute wird der Antrag jedoch im Gefolge haben, mag sein Schicksal sich gestalten wie es will, daß in der Bürgerschaft eine Aussprache über die Kriegsziele stattfinden wird, in der auch manches gesagt werden kann, was den Eroberungspolitiker, die nirgends zu finden sind, wenn es gilt, „die Hansestädte voran“, nicht angenehm sein wird.

### Ueber den Feuerungsbezug auf Vorrat

herrschen offenbar noch Unklarheiten. Die Karten und Bezugscheine dienen zur Deckung des unmittelbaren Bedarfs. Sie müssen in erster Linie beliefert werden und zwar in der Reihenfolge der Bestellungen. Man kann vertrauen, daß dauernd genügend Vorräte vorhanden sein werden, um jedermann mittelst Karte und Bezugschein den unmittelbaren Bedarf zutommen zu lassen. Durch Streckung der Verwendungszeit können, falls es nötig werden sollte, Einschränkungen erreicht werden. Da aber mit erhöhten Zufuhren während des Sommers gerechnet wird, so muß auf eine großzügigere Entlastung der Lager Bedacht genommen werden, damit die Zufuhr aufgenommen werden kann. Ferner muß das Fuhrwesen im Sommer ausgenutzt werden, da es im Winter durch die kleinen Kohlenjahren und allerlei Lebensmittelbeschränkungen bei erhöhten Schwierigkeiten (Schnee und Eis) ohnehin übermäßig beansprucht wird. Darum ist die Möglichkeit einer Bevorratung des Verbrauchers vorgesehen. Die Ortshohlenstelle kann, wenn der Stand der Zufuhr dies gestattet, dem Händler eine sogenannte Lieferungsbescheinigung für seinen Vorrat erteilen. Wer die Absicht hat, sich einzudecken, muß daher bei seinem Händler bestellen; dieser wendet sich, sobald er zu liefern in der Lage ist, mit seinem Antrag an die Ortshohlenstelle. Solange der Besteller keine Nachricht von der Erteilung der Lieferungsbescheinigung durch die Ortshohlenstelle erhalten hat, kann er die ihm zuzumessenden Marken oder Bezugscheine auch weiterhin erhalten. In der Lieferungsbescheinigung wird die zu liefernde Menge festgesetzt. Da die Ortshohlenstelle die Größe der Wohnungen und die Zahl der Haushaltungsangehörigen kennt, ist ihr dies möglich. Alsdann wird das Maß des Jahresverbrauchs ermittelt, das bei Berücksichtigung der Kriegsverhältnisse erlaubt werden kann, nach heutigem Ueberschlag stellt sich 75 Prozent des normalen Jahresbedarfs. Schließlich wird geprüft, ob die Gestaltung der Zufuhrverhältnisse nicht weitere Herabsetzungen gebietet. Die Lieferungsbescheinigung wird nur erteilt, wenn die Lieferung binnen vierzehn Tagen möglich ist, was dann auch geschehen muß, da die Erlaubnis mit dem Ablauf dieser Zeit erlischt. Die Ortshohlenstelle wird darauf hinwirken, daß bei der Bestellung der Lieferungsbescheinigung im Rahmen des Zweckmäßigen möglichst die Reihenfolge der Bestellungen eingehalten wird. Die durch diese Ordnung der Dinge geschaffene Möglichkeit für einzudecken, ist jedermann ohne Ansehen der Person zugänglich.

**Wagengummibereitungen verboten.** Das Reichs-Generalkommando des 9. A. K. stellt sich veranlaßt, nachmals darauf hinzuweisen, daß nach der Bekanntmachung vom 14. 3. 1918, welche bei den Polizeibehörden, Landratsämtern und Bürgermeistern einzusehen ist, die Verwendung sämtlicher Wagen- und Motorbereifungen, gleichgültig ob diese montiert oder nicht montiert, gebraucht oder nicht gebraucht sind, seit dem 16. 4. 1918 verboten und nur noch mit ausdrücklicher Genehmigung der Inspektion der Kraftfahrtruppen, Berlin, W. 8, Krausenstraße 67-68, gestattet ist. Anträge sind mit polizeilich bescheinigter Begründung an die Inspektion zu richten. Zuwiderhandlungen werden strafrechtlich verfolgt. Es wird weiter darauf aufmerksam gemacht, daß alle bis zum 1. 5. 1918 noch nicht an die Inspektion der Kraftfahrtruppen abgelieferten oder für den Gebrauch nicht freigegebenen Wagengummibereifungen enteignet werden.

Ist die Zigarre ein „Lebens- und Futtermittel“? Diese interessante Frage mußte vom Schöffengericht Berlin-Mitte beantwortet werden. Wegen Vergehens gegen den § 12 der Bundesratsverordnung vom 24. Juni 1916 war der Kandidat des höheren Lehramts Karl B. aus Königsberg angeklagt. Der Angeklagte, der leidenschaftlicher Zigarettenraucher ist, erließ, als kein Vorrat zur Reize gegangen war, in einer Zeitung ein Inserat des Inhalts, daß jeder Posten Zigaretten und Zigaretten für ein neues Unternehmen gekauft werde. Neben dem gewünschten Erfolg, daß ihm Rauchstoffe in jeder Form und Preisliste angeboten wurden, hatte dieses Inserat auch noch einen unerwünschten Erfolg in Gestalt der jetzigen Anklage. Der erwähnte Paragraph der sogenannten Kettenhandelsverordnung verbietet nämlich das öffentliche Anpreisen bzw. Gebotnis von „Lebens- und Futtermitteln“ ohne besondere Erlaubnis. Ueber den Begriff „Lebens- und Futtermittel“ entstanden nun vor Gericht zum Teil recht knappe Erörterungen. Von dem Verteidiger wurde ausgeführt, daß nach einer Reichsgerichtsentcheidung als „Lebens- und Futtermittel“ solche Stoffe bezeichnet werden, welche den menschlichen oder tierischen Verdauungsprozess durchmachen müssen. Abgesehen von dem Priantabak, der tatsächlich einen Verdauungsprozess durchmache, könne man ein Tabakprodukt, insbesondere eine Zigarre, nicht als einen solchen Stoff bezeichnen. Demgegenüber vertrete der Vorsitzende den Standpunkt, daß die Mehrzahl der Raucher auf Befragen wohl bestreiten würde, daß für sie eine Zigarre ein „Lebensmittel“ sei, welches tätigen Anteil an der Verdauung nehme, auch gebe es viele Menschen, die ohne Zigarre einfach nicht leben könnten, für diese sei es eben in diesem Sinne ein „Lebensmittel“. In der Sache selbst kam das Gericht zu einer Freisprechung des Angeklagten, da eine Zigarre nicht als ein „Lebens- oder Futtermittel“ im Sinne jener Bundesratsverordnung anzusehen sei.

**Eine mehrstündige Betriebsstörung** auf der Linie 15 der Straßenbahn entstand gestern nachmittag dadurch, daß ein nach Nürnberg bestimmter unbeladener Sammelzug auf der Weiche am Kreuzweg der Havelthorfer Chaussee entgleist war. Drei mehrfache Veruche des Fahrpersonals sowie der Fahrgäste gelang es nicht, den Entgleisten wieder auf die Schienen zu bringen, so daß ein Hilfszug herbeigeeilt werden mußte.

**8. Kriegsanleihe betreffend.** Wie wir erfahren, sind bei den Niederlassungen der Postenbank insgesamt annähernd 20 Millionen Mark auf die 8. Kriegsanleihe gezeichnet worden. Der Gesamtbetrag für alle acht Kriegsanleihen stellt sich nunmehr auf annähernd 110 Millionen Mark.

**Hochseefischer „Trave“.** Wegen erheblicher Ueberschuldung des Aktienkapitals der Hochseefischer-Aktien-Gesellschaft „Trave“ hat der Gründungsausschuß beschlossen, den vorgelegten Schmelzplan von 10 auf 15 Dampfer zu vermindern und infolgedessen das Aktienkapital in diesem Verhältnis von 4 auf 6 Millionen Mark zu erhöhen. Der Zeichnungsschluß ist wegen der schon festgestellten starken Zeichnungen auf Mittwoch, den 24. April ds. Js. nachmittags 4 Uhr, festgesetzt worden.

**Carlswald Karl Scherber.** Am Martiniabend trat am Sonntagabend und Sonntag der Universalkünstler Herr Karl Scherber auf, dessen umfangreiches Programm Handarbeit, Papierreißerei, Aquarellmalerei, Wurz- und Knagelerei, Gedächtniswerkerei, Konfektionsarbeiten und am Schluß irdische Handarbeiten-Pantomimen aufwies. Herr Scherber ist in der Tat ein Universalkünstler: seine Vorführungen sind derartig, daß sie vielfach geradezu verblüffend auf den Zuschauer wirken. Außerdem besitzt er den Vorzug, durch seine mit Humor durchsetzten Erläuterungen das Publikum von Anfang bis zum Schluß zu fesseln. Er erzielte herrlichen Erfolg.

**H. Hanja-Theater.** Die „Drei alten Schwächeln“ von Walter Kollo bewährten sich auch gestern als ein Kassenerfolg; das Theater war wieder bis auf den letzten Platz ausverkauft. In der Partie der „Lotte“ gastierte ein liebliches Lübecker Kind, Frä. Ellen Drückhamer vom Reichstheater in Köln. Mit ihrem reizenden und doch vollen Sopran und ihrer anziehenden, sympathischen Persönlichkeit lag ihr diese Rolle außerordentlich glücklich, so daß sie den herzlichsten Beifall, der ihr gesendet wurde, voll verdiente. Da auch die übrigen Partien in durchaus bewährten Händen lagen, kam wieder eine gute Vorstellung heraus.

**Gausatheater.** Man schreibt uns: Der Spielplan des Gausatheaters gestaltet sich für die laufende Woche ganz besonders interessant. Es ist der Direktion gelungen, den bekannten Oberregisseur des Carl Schuler-Theaters in Hamburg, Herrn Julian Martin-Bach zu einem zweimaligen Gastspiel zu gewinnen und zwar wird derselbe am Dienstag als Cornelius Halenspieler in „Drei alte Schwächeln“ und Mittwoch als John Connor in „Dollarsprinzessin“ auftreten. Außerdem können wir den hier mit Recht sehr beliebten Tenor Carl Stalow am Sonntagabend nochmals begrüßen. Am Donnerstag ist die erste Aufführung der neu einstudierten Operette „Jung und mein Feind“ von Otto Gilbert, dieselbe wird noch an verschiedenen Abenden wiederholt und bildet auch am Dienstag, d. 30. April, den Schluß der Winter-Spielzeit.

**Städtetheater.** Man schreibt uns: Am Donnerstag, dem 25. April, findet die Generalprobe der Opernreihe „Das Hindernis der Herzogin“ statt. Der Komponist ist der bekannte Münchener Musikritter Wilhelm Munde, der sich schon durch verschiedene Kompositionen in der Musikwelt bekannt gemacht hat. Das Werk wurde in München am Hoftheater mit großem Beifall aufgeführt. Diese Vorstellung wird zugleich unserem bewährten, beliebten Kapellmeister Dr. Friedrich Reich Gelegenheit geben, sich vom Lübecker Publikum zu verabschieden. Außerdem werden sich im kommenden Woche noch mehrere Mitglieder verabschieden. So am Freitag die Herren Stenbier, Deutschländer und Frä. Wein in „Huges und sein Kung“, am Samstag Frä. Bergau als „Garmek“, am Sonntag Frä. Seig als „Sida“ im „Lobengrin“.

**pb. Verhaftungen.** Ermittelt und festgenommen wurde eine Arbeiterin aus Steuden, die von der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Diebstahls gesucht wurde. — Ein wegen Diebstahls verfolgter Arbeiter konnte, als er mit einem Schiffe hier eintraf, verhaftet werden. — Festgenommen wurde ein seit längerer Zeit entwichener Dieb, der verabschiedlich seinen Transportieren geschulter war. Er befand sich in Begleitung eines vor 9 Monaten fahnenflüchtigen Matrosen, der noch im letzten Augenblick sich durch die Flucht zu retten versuchte. Auch er wurde festgenommen. Ferner wurde ein fahnenflüchtiger Infanterist der Militärbehörde übergeben. — Ermittelt und festgenommen wurde ein arbeitsloser Bürger, der von dem hiesigen Bauunternehmer 2 Häuser zur Miete und verkauft. Die Häuser mit Zier konnten herbeigeführt und dem Geschädigten zurückgegeben werden.

**Schwann.** Als erster Sozialdemokrat zieht jetzt Genoss. u. in den Stadtrat von Schwann. **Hamburg.** Weitere Kriegsjahresanträge der Reichslandsparteier. Zu dem Antrag Dr. Stubmann und

**Weniger Betr. weitere Friedensschlüsse hat die Neue Hamburger Rechte der Bürgerschaft einen Zusatzantrag in folgenden, die drei Punkte des Stabmannlichen Antrages erweiternden drei Forderungen überreicht:** 4. auf den Wiederaufbau des deutschen Handels durch Abwehr feindlicher Boykottbestrebungen; durch Aufnahme der Meistbegünstigungs-Klausel in sämtliche Handelsverträge und durch Verhinderung jeder Vorzugsbehandlung im Verhältnis der feindlichen Länder, auch zu ihren eigenen Kolonien und auswärtigen Besitzungen, 5. auf eine ausreichende Sicherstellung des freien, ungehinderten Verkehrs der deutschen Schiffe auf allen Meeren, insbesondere auch ihrer völligen Gleichberechtigung in allen feindlichen Häfen, 6. auf eine Wiederherstellung aller während des Krieges im feindlichen Auslande den Deutschen entzogenen dringlichen und vertraglichen Rechte in bezug auf Grundbesitz, Konzessionen u. dgl. — Da der Appetit bekanntlich beim Essen kommt, so ist noch auf eine ganze Flut weiterer „heftiger Kriegsziele“ zu rechnen.

**Kiel.** Maßnahmen gegen die Wohnungsnot. Die Stadt Kiel leidet unter starker Wohnungsnot. Schon vor dem Kriege war der Mangel an Kleinwohnungen groß, während des Krieges sind die Zustände durch den großen Zuzug von Arbeitskräften für die auswärts für die Kriegsindustrie tätigen drei großen Schiffswerften unerträglich geworden. Die städtischen Kollegien haben schon vor zwei Jahren eine Kommission eingesetzt, die die Vorarbeiten zur Bekämpfung der Wohnungsnot betreiben sollte. Am letzten Dienstag berichtete der Oberbürgermeister über die bisherige Tätigkeit der Kommission. Aus diesem Bericht ergibt sich, daß nach vorläufiger Schätzung es nötig ist, nach dem Kriege 2500 neue Kleinwohnungen zu schaffen. Es ist in Aussicht genommen, eine gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung des Bauwesens zu gründen, der sowohl Einzelpersonen wie auch Bauvereine beitreten können. Die städtischen Kollegien beschließen einstimmig eine Entschließung, in der der Magistrat aufgefordert wird, alles zu tun, was zur schleunigen Herstellung von Kleinwohnungen noch während des Krieges, jedenfalls aber nach dem Kriege geeignet ist, und erklärt sich bereit, die Kräfte der Stadt hinauszuwerfen, und daß Reich und Staat helfend eingreifen müssen. Dies ist schon deshalb nötig, weil die Wohnungen in den herzustellenden Häusern zu Mietpreisen zur Verfügung gestellt werden müssen, wie sie der Lage des allgemeinen Wohnungsmarktes entsprechen und nicht zu so hohen Mietpreisen, wie sie sich aus der jetzigen Ueberheuerung des Baues, die auch noch einige Zeit nach dem Kriege anhalten wird, notwendigerweise ergeben müssen, wenn nicht von vornherein mit einem Verlust gerechnet wird. Diese Verluste könne aber die Stadt nicht allein tragen.

**Wilhelmshaven.** Ein Schuttmann als Landesverräter verurteilt. Der Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte den früheren Schuttmann Wilhelm Claus (Wilhelmshaven), unter Einrechnung der ihm vom Landgericht in Aurich am 9. März und 23. März 1912 wegen schweren Diebstahls auferlegten Zuchthausstrafe wegen verräthlichen und vollendeten Landesverrats zu zehn Jahren Zuchthaus. Die am 9. März 1912 erkannten Nebenstrafen von zehn Jahren Ehrenrechtsverlust und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht bleiben bestehen.

**Bremen.** Fortschrittler auf alldemselben Wege. Die Bremer Fortschrittler, die schon immer eine besondere Spielart dieser politischen Parteirichtung darstellten, beschlossen am 18. April in ihrer Versammlung gegen zwei Stimmen:

„Der Bremer Verein der Fortschrittlichen Volkspartei erwartet von den Reichstagsabgeordneten der Partei auf das Bestimmteste, daß sie für einen Frieden eintreten werden, der den unvergleichlichen Leistungen unseres Heeres und unseres Volkes entspricht, die Sicherheit aller vaterländischen Bedürfnisse gewährleistet und unser Volk für die durch die Verlängerung des Krieges entfallenden großen Opfer entschädigt.“

Borher hatte der Vorsitzende, Dr. Böhmer, ausgeführt, daß die in einer Zeit der Notlosigkeit und vorübergehenden Ernährungsschwierigkeiten gefasste Friedens-Entscheidung des Reichstages nur Kriegsverlängernd wirken konnte, wie sich nachher ja auch gezeigt habe. Zur Gründung der Vaterlandspartei bemerkte Dr. Böhmer, daß diese zu einer grundsätzlichen Veränderung der Stimmung unseres Volkes hinsichtlich der Kriegsziele beigetragen habe. Heute sei der Streit um diese Partei mäßig geworden, nachdem sie bewiesen habe, an dem Beispiel im Osten, daß weder Regierung noch Reichstag einen Frieden der Schwäche zu schließen gewillt sind. — Nach den Ausführungen des Dr. Böhmer sind diese sogenannten Fortschrittler früher als nur deshalb gegen Annexionen und Entschädigungen gewesen, weil ihnen die Trauen zu schwer waren!

### Für unsere Feldgrauen.

Unterstützungen für Seeresangehörige.

Dem Kriegsministerium stehen wieder Etatsmittel in mäßigem Umfange zur Verfügung, welche zu Unterstützungen bei wirtschaftlichen Notlagen für Offiziere, Militärbeamte, Unteroffiziere und Mannschaften bestimmt sind. Die Anträge sind an die obersten Kommandostellen zu richten. Das sind die stellvertretenden Generalkommandos, die Generalinspektion des Militärverkehrswezens, die Generalinspektion des Ingenieur- und Pionierkorps, der Chef des stellv. Generalstabes der Armee, der kommandierende General der Luftstreitkräfte, die Generalinspektion der Artillerie-Schießschulen und, soweit dieses vorgezogene Behörde ist, das Kriegsministerium. Die Anträge müssen enthalten: Angaben über Familienstand, Zahl und Alter der Kinder, das Friedens- und Kriegseinkommen, über etwaiges Privateinkommen und Privatvermögen.

### Theater und Musik.

Ein Kammermusikmorgen im Stadttheater war ein Konzert betitelt, welches das Streichquartett der Lübecker Kammermusikvereinigung, bestehend aus den Herren Szanto (1. Violine),

Gehrken (2. Violine), Leidner (Viola) und Corbach (Violoncello) gestern im städtischen Musiktempel veranstaltete. Wie schon die Bezeichnung Kammermusik andeutet, handelt es sich um musikalische Darbietungen, die zunächst nur für einen kleineren, intimen Kreis bestimmt waren. In Fürstentönen, auf Adelschloßern und in anderen vornehmen Familien pflegte man diesen Zweig der Kunst. Das hat sich aber im Laufe des vorigen Jahrhunderts insofern geändert, als sich der Zirkel, der Freude an diesen oft entzückenden musikalischen Darbietungen fand, immer mehr vergrößerte, zumal als die Kammermusik öffentlich geboten wurde. Volkstum im eigentlichen Sinne des Wortes ist sie jedoch noch nicht geworden, wenn auch vereinzelt, so beispielsweise in Leipzig, wo das Arbeiterbildungsinstitut, für die Arbeiterschaft Kammermusikführungen veranstaltet, ein Versuch dazu gemacht worden ist. Hier in Lübeck war nun der gestrige Kammermusikmorgen der erste Schritt dazu, die Kammermusik vollständig zu machen. Die gewählten feinen und zielreichen Werke von Haydn, Händel und Beethoven, deren reiche Schönheiten in der vorzüglichen Wiedergabe durch die mitwirkenden Künstler die lebhafteste Anerkennung des ziemlich zahlreichen Publikums fanden, dürften dazu ein gut Teil beigetragen haben. Hoffentlich findet dieser erste Versuch noch manche Fortsetzung.

Mit einem Niederabend, der ein sehr geschmackvolles Programm aufwies, trat Fräul. Annemarie Debitius am Sonnabend im LogenSaale erstmalig vor das hiesige Publikum. Gute stimmliche Veranlagung, durch tüchtige Schulung gefördert, eignen die junge Sängerin, die auch Wärme und Ausdruck im Ton gibt, für ihre Aufgabe. Gewisse Schärfe in den höheren Lagen machen sich noch bemerkbar. Die von Herrn Professor Hofmeier feinsinnig begleitete Dame fand lebhaften Beifall.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

## Silberankauf

13 Pfg. für 1 Gramm

zur Stärkung der finanziellen Wehrkraft unseres Vaterlandes

Mengstraße 4

Montags, Mittwochs und Freitags von 11—1 Uhr. 1957

## Bekanntmachung der Kriegshilfe, Abt. Kleingartenbau.

Gemüse-Sämereien.

Nachstehende Sämereien können bis auf weiteres noch abgegeben werden:

- Große Bohnen
- Kranzbohnen
- Größen
- Zuckerrüben
- Zwiebel
- Wurzel
- Radies
- Salat
- Rote Beete
- Stangenbohnen
- Gurken
- Mangold.

Die Abgabe erfolgt in der Stadtdärmerei, Mühlenbamm 7, in der Zeit von 8—1 und 3—6 Uhr. Auf besonderen Antrag können die Saaten zum halben Preise abgegeben werden. (1959)

## Bekanntmachung der Kriegshilfe, Abt. Kleingartenbau.

Pflanzkartoffeln.

Frühe und späte Pflanzkartoffeln werden noch, so lange der Vorrat reicht, im Volksmagazin von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr nachmittags abgegeben.

Die Bezugsgeldscheine werden ausgegeben in der Speisewirtschaft von Kallendach, Zweite Wallstraße 38, an der Wimperbrücke von 8 Uhr morgens bis 5 Uhr abends gegen Bezahlung von 16 Pfg. für das Pfund Frühkartoffeln und 12 Pfg. für das Pfund Spätkartoffeln. (1958)

Mitten aus reicher Berufstätigkeit heraus wurde in der Nacht vom 19. zum 20. April Rechtsanwalt

**Dr. Edmund Plessing**

durch den Tod abgerufen.

Seine unerschöpfliche Arbeitskraft, die Abgeklärtheit seines Urteils und die Vornehmheit seiner Gesinnung stellten ihn mit Recht in die erste Reihe der Lübecker Anwälte. Sein Andenken wird unvergessen bleiben.

**Der Lübeckische Anwaltsverein.**  
I. A. Dr. H. Görtz. 1956

Nach langem schwerem Leiden entschlief Freitag abend 9 Uhr sanft und ruhig in ihrem 45. Lebensjahre meine liebe Frau, meiner Kinder gute treusorgende Mutter, unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin u. Schwiegermutter

**Louise Olbrich**

geb. Rubica.

in ihrer Trauer (1955)

Wilh. Olbrich nebst Kindern

und allen Verwandten.

Lübeck, Bälowstraße 15, I.  
Bestattung Donnerstag, Beginn der Trauerfeier 4 1/2 Uhr in der Kapelle des Vorwerker Friedhofes.

## Berichtigung

zur Bekanntmachung vom 18. April 1918, betreffend die Abgabe von Ausweisen zum Besitze von Lebensmitteln.

In dem Bezirksverzeichnis für die Abholungsstermine muß es lauten unter Bezirk 51 statt Wafenisrufer: **Wafenisstraße.**

Lübeck, den 22. April 1918. (1968)

Das Polizeiamt.

Wir suchen für unseren Betrieb ungelernete Arbeiter u. Platarbeiter in größerer Zahl, ferner (1954)

**Eisendreher, Maschinenschlosser, Böfcher, Rangierer, Rottenführer und Rottenarbeiter.**  
Arbeiterannahmestelle Pulverfabrik Bremisch, Rathenow, Bahnhofstr. 22.

Wichtig und unerwartet starb heute infolge eines Unglücksfalles mein lieber Mann, meines Kindes treusorgender Vater, unser lieber Sohn, Bruder u. Schwager **Andreas Behnke** im 45. Lebensjahre, tiefbetrauert und schmerzlich vermisst von den Seinen. Auguste Behnke geb. Kähler. Renesfeld 21. April 1918. Kirchenstr. 2. 1966 Die Trauerfeier findet am Mittwoch, 24. April, nachmittags 3 Uhr, in der Wohnung in Renesfeld statt.

## Nachruf.

Durch Unglücksfall verstarb am Freitag unser lieber Kollege (1960)

**Andreas Behnke** aus Renesfeld.

Wir werden demselben ein treues Andenken bewahren. Die Trauerfeier findet am Mittwoch, dem 24. April, nachmittags 3 Uhr, in der Wohnung in Renesfeld (Kirchenstr.) statt.

Die Arbeiter d. Hammerschmiede d. Lüb. Maschinen- u. Gesellsch.

Zu kaufen gesucht (1952) **Handstempel, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, in höchstem Tagespreis.** Karl Kleinold, Wafenisstr. 25. Telefon 2420.

## Sozialdemokrat. Verein Lübeck.

Am Freitag verstarb unsere Genossin

**Louise Olbrich.**

Wir werden ihr ein ehrenvolles Andenken bewahren.

Die Beerdigung erfolgt am Donnerstag nachmittags 4 1/2 Uhr. Die Mitglieder sammeln sich bis dahin am Eingang des Vorwerker Friedhofes. Der Vorstand. 1967

## Deutscher Holzarbeiter - Verband

Zahlstelle Lübeck.

## Mitglieder-Hauptversammlung

am Dienstag, dem 23. April abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom I. Quartal. 2. Berichte über die letzten Tarifvereinbarungen. 3. Ganderbericht. 4. Korrekturen. 5. Innere Verbandsangelegenheiten. Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen und Kolleginnen ersucht (1955) Die Lokalverwaltung.

## Hansatheater.

Zweimaliges Gastspiel Julian Martini-Basch Oberspielleiter vom Carl-Schulze-Theater in Hamburg.

Dienstag, den 23. April, abends 7 1/2 Uhr: **Dreialte Schachteln**

Cornelius Hasenpfeiler . . . Julian Martini-Basch a. G.

Mittwoch, den 24. April, abends 7 1/2 Uhr: **Die Dollarprinzessin**

John Coudor . . . . . Julian Martini-Basch a. G. Vorzuekskarten haben keine Gültigkeit. (1964)

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer silbernen Hochzeit, insbesondere den Geflüchelten der Rochschen Schiffswerft, danken herzlich (1962) Herm. Fuchs und Frau.

## Bekanntmachung.

Wegen erheblicher Ueberzeichnung des Aktienkapitals der

**Hochseefischerei-Akt.-Ges. „Trave“**

hat der unterzeichnete Gründungsausschuß beschlossen, den vorgezeichneten Schiffspark von 10 auf 15 Dampfer zu vermehren und infolgedessen das Aktienkapital in diesem Verhältnis von 4 auf 6 Millionen Mark zu erhöhen. Der Zeichnungsschluß ist wegen der schon stattgehabten starken Zeichnungen auf

**Wittmoth, den 24. April d. Js.**

nachmittags 4 Uhr, festgesetzt worden.

Lübeck, den 20. April 1918.

Der Gründungsausschuß für die Errichtung der Hochseefischerei-Akt.-Ges. „Trave“. (1961)

**Uhren-Reparaturen.** Billige Preise. (1968) Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren.

**Herrmann Voß,** Uhrmacher, Breite Strasse 54 und Hützstr. 71.

## Hansa-Theater.

Heute abend 7 1/2 Uhr: (1963) **Die Dollarprinzessin.**

## Allgemeine Orts-Trautentafel in Lübeck.

Ordentliche **Auswahlführung** der Vertreter

Sonnabend, den 4. Mai 1918 abends 8 Uhr

in **Kempfers Gesellschaftshaus** (Bürgerverein) Königsstr. 25.

Tagesordnung: 1. Verwaltungsbereicht und Abnahme der Rechnung für das Geschäftsjahr 1917. 2. Wahl des Vorsitzenden des Ausschusses und seines Stellvertreters. 3. Sonstige Kasienangelegenheiten (Erwerb der Mitgliedschaft bei dem Lübecker Gemeinnützigen Bauverein e. G. m. b. H.). Bei Behinderung des Ausschussmitgliedes wird der Vertreter zugezogen, wenn dies spätestens 3 Tage vor der Sitzung bei der Kasse beantragt wird. Die Geschäftsmänner der Ausschussmitglieder können der Versammlung als Zuhörer beiwohnen. Lübeck, den 20. April 1918. Der Vorsitzende des Vorstandes Körner. (1969)

## Stadttheater.

Dienstag, den 23. April 1918:

**Schauspielgemeinde**

**Gyges und sein Ring.** (Blaue Karten.)

Mittwoch, den 24. April 1918:

Zum letzten Male: **Wiener Blut.**

Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

### System in die Nahrungsmittelversorgung!

Ein Anonymus gibt unter dem Pseudonym Germanus Agrifola bei Pilsitz und Loche in München ein Werk „Schaffte billige Nahrungsmittel“ heraus, von dem bisher die ersten Teile, die Kritik der Zustände in unserer Nahrungsmittelversorgung und die Lösung des Problems für die Gegenwart“ enthaltend, erschienen sind. Der Gedankengang des Verfassers ist für jeden, der für Konsumentenschutz eintritt, von großem Interesse, mag er auch zu außer- und innerpolitischen Fragen und zur Friedensweltwirtschaft wesentlich anders stehen.

Mit dem Uebergang von der Natural- zur Handels- und Geldwirtschaft entwickelte sich aus dem Kaufmann der Händler und Spekulant, dessen rastlose Gewinnjagd bei allen übrigen Gütern an dem Moment der Verjährbarkeit scheiterte, dem es aber gelang, das unentbehrliche Nahrungsgut aus seiner Stellung als Gemeingut herauszudrängen, es zur Ware zu stampeln und nunmehr dem Verbraucher die Preise zu diktieren. Der Großhandel machte zunächst den Produzenten, der die Abnahmeverhältnisse bei der Großstadt, Verkehrs- und Umbauentwicklung aus den Augen verlor, von sich abhängig und erstreckte dann auch die Herrschaft über den Absatzmarkt. Die kapitalistische Idee führte zur Herausbildung des Zentralmarktes und vermochte dank der staatlichen Verlehrsbescheinigung nunmehr durch „Zufuhrregulierung“ den Unternehmerrgennin ins Angemessene zu erhöhen. Der Großmarktpreis wurde zum Fixpreis, auf den der Konsument keinen Einfluß mehr hatte, und zum Grundpreis, auf dem sich die Preise der Zwischen- und Kleinhändler aufbauten. Diesen, die durch ihre Ueberzahl, ihre geschäftliche Unfähigkeit, durch Kreditgewährung vielfach hart bedrängt sind, ersieht der Konsument als Ausbeutungsobjekt, dem gegenüber jedes Mittel zulässig ist. Endlich ist auch der landwirtschaftliche Produzent selbst der kapitalistischen Idee anheimgefallen, indem er mit der Erzeugungseinschränkung droht, wenn ihm nicht durch Preis-erhöhung hinreichender Anreiz geboten wird. Damit ist der Ring um den Konsumenten geschlossen.

In der Zeit der Naturalwirtschaft wurde der Wert des einen Gutes an einem anderen Gute, von allgemeinem Gebrauchswert, gemessen. Dieses andere Gut wurde allmählich ausschließlich das Gelbmetall, ein künstlicher, auf Konvention beruhender Wertmesser. Das Münzgeld wurde weiter zum Wertträger, zum selbständigen Wertobjekt und anerkannten Mittel zur Güterbeschaffung. Geldreichtum, Kapital, trat neben den Reichtum an Naturgütern. Die kapitalistische Idee, die das Gut nicht mehr nach seinem Naturwert, nur nach seinem Geldwert schätzt, wird wieder von der Wertsteigerungstendenz abgelöst, an die Stelle des Kapitalwerts tritt der imaginäre Wert, womit der Boden der Natur und des Realwerts vollkommen verlassen ist. So steigen jetzt bei allen kriegführenden Völkern die nominellen „Werte“ der Nationalvermögen, und doch sind viele Naturgüter verknüpft, erschöpft, zerstört, doch droht inmitten dieses unbegrenzten „Reichtums“ die Welt Hungersnot. Die Existenz der Privatwirtschaften ist durch das schwindelhafteste Kapitalwachstum gefährdet, nicht die der großen, die keines Schutzes bedürfen, nicht die der ungeordneten Privatwirtschaften, aus denen die Masse der unteren und besonders der mittleren Schichten sich zusammensetzt, in denen man auf ein festes, nicht beliebig zu erhöhendes Einkommen angewiesen ist. In diesem besten und wichtigsten Kern des Volkes wird am Unentbehrlichsten gedacht und gefahrt. Damit schwinden Lebens- und Arbeitsfreude, der Schnapstempel und der Geburtenrückgang ziehen ein. Die

kleine geordnete Privatwirtschaft, wie sie Industriearbeiter, Beamte, Angestellte führen müssen, fordert Schutz in ihrem Recht auf Nahrung und Schutz gegen die sinkende Kaufkraft ihrer kleinen Habe.

Germanus sieht nur einen Ausweg: Die Rückkehr zur Lebensmittelwahrung, bei der die verächtlichen Lebensmittel einen „natürlichen Preis“ hatten, der sie in Beziehung zu einem „Währungsgute“ setzte. In Deutschland war die Währungseinheit ehemals der Scheffel Getreide, in Bayern besonders die Maß Bier. Dabei blieben die Preise bis auf geringe Schwankungen viele Jahrhunderte hindurch dieselben. Erst die kapitalistische Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat alles durcheinander geworfen. Im dritten noch ausstehenden Teile seines Werkes, der „Lösung des Problems für die Zukunft“ will Germanus zeigen, wie er sich die praktische Durchführung der Lebensmittelwahrung denken. Erst dann wird die grundsätzliche Kritik einzutreten haben. Im vorliegenden 2. Teile macht er Vorschläge für die Reorganisation der Versorgung während des Krieges.

Die Preise sind behördlich herabzusetzen. Der Grundpreis baut sich auf den reell berechneten Produktionskosten auf, zu denen der Unternehmerrgennin tritt. Die Rentabilität des landwirtschaftlichen Betriebes ist dabei als ein Ganzes aufzufassen, d. h. es darf nicht für jedes kleinste Quantum jedes einzelnen Produkts für sich ein hoher Verdienst verlangt werden. Der Höchstpreis darf nie über die Schritte verlangt werden, doch darf schon eine Begründung dafür verlangt werden, daß überhaupt vom Grundpreis abgewichen wurde. Der Geschäftsinhaber wird sich wieder mit einem seiner Arbeit angemessenen Verdienst begnügen. Die eigentliche „Händler“-Existenz, welche das Nahrungsgut nur als Ausbeutungsobjekt für die Gewinnjagd mißbraucht, hat als wirtschaftlich schädlich zu verschwinden.

Der Staat hat die Verteilung des notwendigen Lebensbedarfs für seine Angehörigen selbst in die Hand zu nehmen. Die Verteilung erfolgt nach dem subjektiven Bedarf und dem objektiv vorhandenen Nahrungsgut. Jeder bestellt bei der Anmeldestelle seines Wohnbezirks was er braucht und zahlen kann. Der angemeldete Bedarf wird kontrolliert und eventuell herabgesetzt. Das wirtschaftliche Einlegen (nicht das Hamstern!) wird unterstützt, indem anzunehmende Mengen vorausbezogen werden können. Der Ueberblick über die vorhandenen Vorräte wird geschaffen, indem die Produktionsmengen der Bezirkszentralstelle, gemeindeweise und unter Kontrolle, bei hohen Strafen, mitgeteilt werden. Die Vorratsmenge wird mit dem angemeldeten Bedarf verglichen, woraus sich die zu bewilligende Bedarfsquote ergibt, gemäß welcher alle angemeldeten Bedarfsmengen zu kürzen sind. Entsprechend sind dann die Vorräte einzuberufen und zu verteilen. Ueberprüfungsbezirke haben an solche mit Unterproduktion abzugeben. Der Bedarf kann bei solchem Verfahren individuell abgestuft werden. Das vorgeschlagene Karten- und Billettsystem ist nicht anwendbar bei Fleisch, Obst, Gemüse, wegen deren leichter Verderblichkeit. Sie werden auf Grund besonderer Bestellscheine bezogen, die doppelt ausgefertigt werden, einmal für den Lieferanten, einmal für den Besteller als Ausweis. In jedem Bezirk wird ein täglich einige Stunden lang betriebener Kleinmarkt errichtet, auf dem die Auslieferung der Waren erfolgt. Für die Einzelwirtschaftler sind Garflächen ohne Trink- und Trinkgeizzwang einzurichten. Die Handelsfreiheit im Lebensmittelgeschäft ist gesehrt zu beschränken: Bestehende Geschäfte sind bei anstößiger Geschäftsführung aufzuheben, neue nur bei Bedarf und persönlicher Zuverlässigkeit des Antragstellers zu genehmigen. Der Handel ist häufig zu kontrollieren. In jedem Bezirk ist eine ständig geübte Kontrollstation, die Hand in Hand mit der Polizei arbeitet, einzurichten, wobei, wie bei der Marktaufsicht, Kriegsinvaliden passende Ver-

wendung finden. Sie nimmt alle Klagen und Beweise des Publikums jederzeit entgegen und erledigt sofort, indem sie zunächst den Händler verurteilt, gegen den sie erst nach mehrfältiger Rückfälligkeit Bestrafung, schließlich Geschäftsstillsetzung, beantragt. So kann sich das Publikum selber sofort gegen Uebergriffe verteidigen, ohne daß ein langwieriges Gerichtsverfahren einsetzt. Ein allgemeiner Konsumentenbeschwerdeband wäre zu organisieren, der den Schutz von Nahrungsgut und Arbeitskraft zur Aufgabe hätte.

Das deutsche Volk steht an einem moralischen Scheidewege: „Nur moralisch unantastbar sind wir würdig, den andern Völkern Vorbild und Führer zu sein. Der ethische Triumph allein entscheidet Europas Los und künftige Tage.“ Er legt dieses wichtige Buch überzeugend dar, wie sittliches und materielles Gedächtnis des deutschen Volkes von einer grundlegenden Bewältigung des Konsumentenproblems abhängig ist.

### Deutscher Reichstag.

#### Post- und Eisenbahnbeschwerden

Beschäftigten den Reichstag am Sonnabend, nachdem tags zuvor die Fraktionen in langen Beratungen die elf neuen Steuerentwürfe besprochen hatten. Beim Postetat verbreitete sich der Unabhängige Sozialist Kunert über die militärische Postzensur, für die der Reichspostsekretär jeztige Verantwortung ablehnte. Nach Erledigung dieses Etats wurde der Voranschlag der Reichseisenbahnverwaltung besprochen, wobei Genosse Zuch's lebhafteste Kritik an der Beziehung und den Dienstverhältnissen der reichslandischen Eisenbahner und an der Uebertragung des Monopols der Eisenbahnreflektoren an den Verleger der „Nordd. Allgem. Ztg.“ knüpfte. Der Zeitkritiker Hausmann schloß sich ihm in dieser Beziehung an. Minister v. Breitenbach bestritt durchaus die Berechtigung dieser Kritik und jagte im übrigen zu, daß ein Mißbrauch dieses Reflektorenrechts zu politischer Propaganda ausgeschlossen werden würde. — Montag Weiterberatung.

Sonnabend, 20. April 1918.

149. Sitzung, Nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratsitz: Rüdlin.  
Auf der Tagesordnung steht die Spezialberatung des Postetats.

Abg. Kunert (R. S.) kritisiert die Verteilung des Postgeheimnisses durch Militärbeschlüsse. Man müßte alle diese verfassungswidrigen handelnden Herren in ihrer Person dafür haftbar machen.

Staatssekretär Rüdlin: Nach § 4 des Belagerungsgesetzes sind die Zivilbehörden verpflichtet, den Anordnungen des Militärbeschlusses ohne Prüfung der Gesetzmäßigkeit im einzelnen Falle nachzukommen. Die Verantwortung trifft allein die Militärbeschlüsse.

Abg. Kunert (R. S.): Auch die Militärbeschlüsse sind an die gesetzlichen Bestimmungen gebunden. Verlangen sie Ungesetzliches, so darf die Postverwaltung ihnen nicht nachgeben, sonst macht sie sich mitschuldig.

Der Etat wird bewilligt.

Beim Etat der Reichsdruckerei wünscht

Abg. Dr. Quark (Soz.), daß die Reichsdruckerei sich die Grundfläche der deutschen Tarifgemeinschaft der Buchdrucker zu eigen machen solle.

Staatssekretär Rüdlin: Die Frage wird geprüft werden.

Der Etat wird bewilligt.

Es folgt der Etat der Verwaltung der Reichseisenbahnen.

Abg. Coßmann (Zentr.): Wir alle erkennen wohl dankbar die Leistungen des Eisenbahnpersonals im Kriege an. Dieser Dank ist ihnen auch durch Taten zum Ausdruck gebracht worden: Durch Lohnserbühnungen und Teuerungszulagen. Die letzteren sind allerdings ungleich verteilt: hier bedarf es reichlicher Aus-

### Diethelm von Buchenberg.

Eine Schwarzwälder Dorfgeschichte von Berthold Muerbach.  
5. Fortsetzung.

„Bible, du bist ein Narr,“ rief Medard, „du mußt sie haben mitamt ihrem Geld, und mag sie noch so hoffärtig sein, und ein Rückst ist und bleibt sie; aber freilich, da drüber darf man mit dir nicht reden. Wenn ich nur wüßte, wie's mit dem Meister steht, fauber ist's nicht, das glaub mir.“

Nun besprachen die Brüder das Leben des Meisters. Diethelm war ehemals ein wohlhabender, still arbeitender Bauer gewesen, er war als Knecht nach Buchenberg gekommen und hatte die reiche Witwe, die Schwester des Schauspielerbais, gegen den Willen ihres Bruders und ihrer ganzen Familie geheiratet. Stolz war er von je, und selbst seine vorberühmte Tugend, die ihm einen großen Namen machte, schien davon nicht frei. Damals, als Diethelm die reiche Witwe heiratete, lebten seine Eltern noch, aber sie, wie ihre andern sechs Kinder, die teils dienten, teils selber Familien gegründet hatten, lebten in äußerster Dürftigkeit. Das nahm nun schnell ein Ende, denn mit reicher Hand schenkte Diethelm alle seine Angehörigen in Wohlhabenheit, und alles, was Diethelm hieß, stand plötzlich in Ehre und Ansehen. Hatte Diethelm im allgemeinen eine freigebige Hand, so war sie es noch besonders für einen auffälligen Zweck. Er kleidete nämlich gern die Armen, und es war seine besondere Lust, daß alles stattdessen daher käme; und wurde er auch oft von solchen mißbraucht, die fremder Gabe gar nicht bedürften, immer wieder fand ihn jeder bereitwillig und freigebig. Wenn unser Meister nach Lechweiler kam, stand alles still, als erwachte ein höheres Wesen, und die Lippen bewegten sich wie zu Segenssprüchen, denn solch einen Wohlthäter hatte man noch nie gesehen, und Diethelm hatte nur abzuwehren, daß ihm nicht Kinder und Greise die Hände küßten. Seine hilflose Wildtätigkeit war aber auch ohne Grenzen, und man fabelte allerlei über seine unermesslichen Reichtümer: er habe ein großes Los in einer fremden Lotterie gewonnen, er habe einen Schatz gefunden und dergleichen mehr. Diethelm gefiel sich in dem Ruhm seines Reichtums und seiner Wohlthätigkeit. In den besten, manneskräftigen Jahren, als er Schultzeig geworden war, ließ es ihm auf einmal ein, daß er genug gearbeitet habe. Er verpackte daher seine Acker und ließ müßig und mit eingebildeten Krankheiten im Dorf umher; aber auch dies Leben wurde ihm nach wenigen Jahren leid, zumal er mit den Nachtbeständen vielerlei Quersorgen hatte. Er wollte ändern, mochte aber nicht mehr zurück, verkaufte nun trotz heftigen Widerpruchs seiner Frau alle seine Acker, nur die Wiesen behielt er und lebte von Zinsen. Bald aber fing er einen kleinen Kornhandel an, der nicht ohne Gewinn war, und nun ging er Tag und Nacht auf sogenannte Spekulationen aus, die ihm auch meist glückten.

Dieses Verwenden der ganzen Lebensarbeit seiner Dorfbewohner als eines bloßen Wertgegenstandes hatte schon an sich etwas Herausforderndes, Feindseliges. Der ewige Kampf zwischen den Hervordringenden und denen, die solches mühsames Händwerk mit Reden und Schreiben zu eigenem Vorteil verwenden, ist auf dem Lande naturgemäß ein Widerstreit gegen die Kornhändler, der sich je nach den Verhältnissen zu verschiedenen Seiten erhebt.

Das Vorhalten des Gedankens von dem großen Weltverkehr und daß die Tätigkeitsergebnisse der ganzen Menschheit einander angehören, will bei dem, dessen Auge auf der beschränkten Stelle seiner Arbeit haften muß, nicht Eingang finden; in dieser wie in mancher andern Beziehung arbeitet die Zeit noch überall an der Erhebung zum Gedanken der großen Weltgenossenschaft.

Auch Diethelm erfuhr in seinem Tag mancherlei Haß, und statt ihn zu verdrängen, reizte er ihn noch, indem er oft laut jagte: „Ich arbeite euch krumm und lahm, und ich schau' zum Fenster hinaus und hab' meine grünen Saffianpantoffeln an, und verdienen dabei in einer Stunde mehr als ihr in drei Monaten.“ Das war aber nicht immer der Fall, und in demselben Jahre, als Diethelm in seinem Handel eine große Schlappe erlitt, wurde er auch nicht mehr zum Schultzeig gewählt, und er begann nun das Schafhalten und den Wollhandel. Die Ungegend von Buchenberg eignete sich allerdings dazu, die Schafe ihre sieben Monate auf dem Weidgang zu erhalten, aber auch Scherern blieben nicht aus, die empfindliche Verluste mit sich führten.

Medard war gegen seinen Herrn voll Zorn und Haß und wieder voll ergabener Abhängigkeit. Wenn er auch nun schon so viele Jahre bei ihm diente, lieb es ihn Diethelm gelegentlich doch noch immer fühlen, daß er ihn als Sträfling zu sich genommen, und behandelte ihn oft mit tyrannischer Willkür, gegen die auch nicht der leiseste Widerspruch sich erheben durfte. In der Seele des Schäfers legte sich daher eine Bitterkeit fest, die ihn wünschen ließ, daß sein Herr einmal zu Falle kommen oder in seine Hand geraten möge.

Wunde dagegen war voll aufrichtiger Liebe gegen Diethelm, der ihm dafür auch mit besonderer Freundlichkeit zugetan blieb.

#### Fünftes Kapitel.

Während die Brüder draußen vor dem Tor sich über das Leben ihres Meisters besprachen, lag dieser drin beim Sternwirt in dem hinteren Stübchen vor einer Flasche vom Besten, die der Sternwirt zu Ehren seines Gastes aufsticht und dabei seine Familienverhältnisse darlegt.

Halb klagend, halb ruhmvoll erzählte er, wie sich die Zeiten ändern: er selber sei noch Metzger gewesen und habe dabei gewirtet, jetzt aber müsse ein Wirt alle Sprachen kennen, und ein Handwerk daneben zu treiben sei gar nicht denkbar; sein Wilhelm sei aber auch in Genf und „auf der Universität von allen Kellnern, im Schwan in Frankfurt“, gewesen.

Diethelm zeigte sich diesen Mitteilungen besonders teilnehmend und aufmerksam, denn es ist dem bangenden Herzen oft nichts erwünschter, als durch Aufnahme fremden Schicksals sein selbst zu vergessen. Während der Sternwirt erzählte, hatte sich eine von dessen Töchtern und der Sohn angelegentlich mit Franz beschäftigt und waren oft in lauten Scherz ausgebrochen. Der Sternwirt rückte nun, von der Teilnahme seines Zuhörers ermutigt, weiter heraus: wie glücklich ein vermöglicher Mädchen mit seinem Wilhelm werden könne, er wolle den Engel in der oberen Stadt kaufen und ausbauen und sei ohne Rühmens der geschickteste Wirt. Diethelm nickte einverstanden und bemerkte nur, daß der Wilhelm noch jung sei und wohl noch ein paar Jährchen warten müßte, und der Wirt nickte eben mit ihm an, als der An-

penberger eintrat. Diethelm nahm ihn heisste und vernahm, daß nichts zu verkaufen sei und höchstens ums halbe Geld.

„Sag nur, ich behalt' den Posten auch noch,“ rief Diethelm plötzlich laut und jagte dann, daß es alle hören konnten, leichthin zu dem Wirt: „Kannst mir nicht auf eine Stunde fünfshundert Gulden geben?“

„Auf eine Stunde kann's schon sein,“ erwiderte der Wirt, „es hat mir ein Händler tausend Gulden aufzubewahren gegeben. Nicht wahr, du bringst mir's gleich wieder? Von wegen, wenn's mein war, könntest's behalten, so lange du willst, wir' mir selber aus den Kästen. Es ist halb Silber und halb Papier. Was willst?“

„Die Taler; der Steinbauer hört das Geld gern klappern, er traut ihm eher.“

Diethelm empfing ein graues Säcken mit den Geldrollen, er übergab die kleine Last dem Reppenberger zum Tragen, besah die Franz, ihn hier zu erwarten, und ging mit seinem Geleite stolz durch das Marktgewühl. In der Post brach er alle Rollen auf und zählte und klapperte mit dem Gelde, das er dem Steinbauer einhändigte; das graue Säcken betrachtete er dann eine Weile still und dachte es endlich zu sich, wobei er es an Speisenden auf den Steinbauern nicht fehlen ließ; dieser zählte aber- und abermals die Häufchen ab und hörte auf nichts.

Vor dem Hause atmete Diethelm auf und jagte dem Reppenberger, daß er tausend Gulden haben müsse, und wenn er sie aus dem Heiligentasten fischen sollte.

„In dem Heil' muß Geld sein, hilf's holen,“ ermahnte er den Reppenberger. Dieser wußte auch Rat: der Kassenverwalter hatte einen großen Posten bereit, aber nur auf Hypothek oder Wechsel. Von letzterer konnte bei Diethelm keine Rede mehr sein, er hatte nichts Unbewegliches als sein Haus und die Wiesen, und das war, die letzte Sicherheit der Frau; und hätte er auch diese, wie er wohl wußte, zu einer Unterschritt bewegen können, er dürfte es für sich selbst nicht tun, denn mit Aufnahme einer Hypothek wäre all sein Ansehen vernichtet; vor dem Wechsel aber hatte Diethelm eine Höllenreise, der Reppenberger mochte das einen albernen Bauernaberglauben scheitern und darüber witzeln, wie er wollte. Vor der Tür des Kassenverwalters stand Diethelm mit Reppenberger wie angewurzelt; er suchte zwar, wenn Reppenberger das „Haus Diethelm“ aufforderte, zu verschauen, wie ihm zukam, aber innerlich bebte ihm das Herz; endlich mußte doch ein Entschluß gefaßt werden, und weil denn einmal das Unvermeidliche zu vollziehen war, entlehnte Diethelm gleich noch ein zweites Tausend. Demnach die Leute waren so ehrsüchtig wie je, im Stern fand man es nicht im entferntesten verwunderlich, daß Diethelm auf die Münze sein Wort hielt; und als dieser dem Wirt die Staatspapiere auszu-bewahren gab, kam ein neuer Stolz über ihn: „Tausende handeln ja nur mit Kredit, warum soll ich es nicht auch? Ich kann auch mit einem Federstrich Summen hin- und herschieben.“

Fortsetzung folgt.

gleichungszulagen. Die Lebensmittelversorgung ist besonders bei dem Personal unzureichend; hier hätte mehr von der Verwaltung gesehen werden müssen.

Hg. S u h s (Soz.): Gegen das Willkürrecht der Eisenbahnenverwaltung an den Besizer der „Nordd. Allgem. Ztg.“, Reimar Hobbing, durch Übertragung der gesamten Eisenbahnverträge legen wir Protest ein. Dringend notwendig ist eine gründliche Reform der Beamtenbesoldung, vor allem eine erhebliche Aufbesserung der kleinen und mittleren Beamten. Ein besonders auffälliges Beispiel bilden die Bahn- und Straßenwärter mit Löhnen von 1,40 Mk. pro Tag. Die Pension der Altpensionäre ist noch heute eine jämmerliche. Die den Eisenbahnarbeitern gewährten Zulagen reichen bei weitem nicht aus. Die Grundlöhne müssen erheblich aufgebessert, die Zeit bis zur Erlangung der Höchstlöhne muß so herabgesetzt werden, daß die Arbeiter mit 35 Jahren spätestens in den Genuß des Höchstlohnes kommen. Eine dringende Notwendigkeit nach der Heberlastung des Krieges ist die Einführung des Achtstundentages sofort nach Kriegsende. Die Arbeiteransprüche werden in grundlegenden, einschneidenden Fragen nicht gehört. So z. B. in der Frage der Abschaffung der Wochenarbeit. Das jegliche unklare Stillstandesgesetz dient nur dazu, die Arbeiter anzutreiben und zu drücken, sie über den wirklichen Verdienst im unklaren zu lassen. Ueber die Behandlung der Arbeiter wird insbesondere in Belgien geklagt. Die Arbeiter verlangen mit Recht, menschenwürdig behandelt zu werden. Angesichts der andauernden ungesicherten Haltung des Ministers in Personalfragen wünscht die Unzufriedenheit des Eisenbahnpersonals, Mäße der Minister endlich einzuführen, ehe es zu spät ist. (Bravo! bei den Soz.)

Hg. S a u j m a n n (Volksp.): Der Eisenbahn-Monopol-Reklametrug des Ministers mit Reimar Hobbing verdient ausdrückliche Beanstandung durch den Reichstag. Die anderen Eisenbahnreklameträger sind dabei gar nicht gehört worden. Schon das Stillstandesgesetz ist sehr weitgehend. Stille soll nach den beständigen Protesten nur das durchlassen, was sich in einer ganz bestimmten Richtung bewegt. (Hört, hört!) Reimar Hobbing hat nun das Monopol auf Versorgung der Eisenbahnschienen mit postlicher Beförderung erhalten. Reimar Hobbing hat auf den Staatsbeitrag von 40.000 Mk. verzichtet. Dafür sind alle Staatsbehörden zu Zwangsabkommen der „Nordd. Allg. Ztg.“ gemacht worden, was eine Zunahme von 12.000 Abonnenten zu 36 Mk. = 432.000 Mk. Mehrerlöse für ihn bedeutet. Durch gemeinsame Hinzurechnung der früheren Reklameträger hätte der Minister eine viel höhere Macht erzielen können. Dieser Monopolvertrag ist durch eine große Scheibung durch Herrn v. Berger zustande gekommen, der früher bei Reimar Hobbing Angehöriger war und auch nach seinem Eintritt ins Ministerium keine Beziehungen zu Hobbing nicht ganz gelöst hat. (Hört, hört!) Es ist ungewöhnlich eine Revolution einzusetzen, die den Reichstag nicht auf eine Revision des Vertrages hinzuwirken. Der Reichstag wird dieser Revision jedenfalls zustimmen. (Bravo! links.)

Hg. S c h w a b a c h (Natl.) nimmt der Kritik der Reklameträger zu.

Minister v. B r e i t e n b a c h: Das Mißtrauensvotum des Abgeordneten Fuchs kann ich mit einer gewissen Seelenruhe hinnehmen, da ich mir bewußt bin, in weicher Umgebung die Lage des Reichstages in den zwölf Jahren, die ich an dem Reichstag verbracht habe, verbessert worden ist. Ein männlicher Volksgesundheitsarbeiter verdient 1918 um 118 Prozent mehr als 1913. In Betrieben, wo die Arbeiter dauernd angestellt arbeiten müssen, war die Wochenlohnsteigerung vor dem Kriege eingeführt und wird zweifellos nach dem Kriege wieder nach vorne rücken. Die Abschaffung der Wochenarbeit würde die Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen herabsetzen und die Arbeiter schädigen. Der Generalstreikvertrag mit Herrn Hobbing steht in keinerlei nächstem Zusammenhang mit der Förderung der „Nordd. Allgem. Ztg.“ des Verlegers Hobbing. Nur die Reichsbeamten haben den Vertrag nur ganz unbedeutende Bedeutung. Für mich war bei dem Vertrage lediglich der Monatssumme, aus der Eisenbahnreklame ein erhebliches Stück Geld zu ziehen. Politische Zeitungen und Zeitungen dürfen auf Grund einer Verfügung, die ich im Sinne des Vertrages treffen werde, nicht in die Eisenbahnen von Reimar Hobbing gelegt werden.

Hg. W e r n e r - H e r s t a d t (Deutsd. Frakt.) bringt einzelne Wünsche des Beamtenpersonals der Reichseisenbahnen vor. Die Weiterberatung wird vertagt auf Montag 3 Uhr. (Nächstem Etat des Reichseisenbahnbudgets und des Reichsbudgets.) Schluß 6 1/2 Uhr.

## Die Note der bolschewistischen Regierung.

In Moskau fand unlängst ein Protestmeeting statt, um gegen Gewalttaten, die in dem von den Bolschewiki beherrschten Kaukasusgebiet verübt sein sollen (es handelt sich um Agrarunruhen und die Ermordung von Arbeitern) zu protestieren. In diesem Jahre Lenin u. a. aus:

Eine schwere Periode steht uns bevor. Der April und Mai werden das die Verpflegung betrifft. Infolge der Kämpfe seitens der Feinde war es schief. Infolgedessen steht uns bevor. Des Jaren und Kerns Regierung haben die ganze Volkswirtschaft des Landes zerstört. Der Transport ist lahmgelegt und wir haben keine Lebensmittel. Die Bolschewiki und die Sozialisten-Revolutionäre vom rechten Flügel setzen zu weit. Zeigt doch, wie die Bolschewiki, damit fertig werden werden! Können wir denn aber schließlich das Paradies des Sozialismus betreten? Arbeit, ungeschulte Arbeit ist notwendig, und wir brauchen sie. Jetzt und gerade ein Jahr hat der Krieg seine Kräfte gezeigt. Die ganze Front hinter sich zurück ins Hinterland, die Kriegszustände haben sich geändert. Im Lande aber herrscht Arbeitsmangel und Hunger. Nun erst haben wir erfahren, was der imperialistische Krieg bedeutet.

Es kommt im Juli/monat die Offensiv vor, sagen wir, er hätte es getan, weil er durch Geheimverträge hierzu verpflichtet war. Nun stehen keine Geheimverträge mehr, die Bolschewiki und die Sozialisten-Revolutionäre des rechten Flügels aber gehen am Gängelbande der Bourgeoisie und ergreifen mit deren Geld die Offensiv gegen uns.

Die Bolschewiki wollen unsere Gegner daran hindern, daß wir Sozialisten werden. Wir lassen das nicht. Wenn irrtümlicherweise ein Saboteurverbrechen begangen wird, wenn wir die Arbeiter der Arbeiter betreiben, dann sind die Bolschewiki und die Sozialisten-Revolutionäre von rechts zu Sozialisten! Über dieselben Bolschewiki und Sozialisten-Revolutionäre von rechts haben wir uns in Petersburg gewandt, haben den Auftrag der angeschlossenen Offiziere in Moskau erteilt und rund 1000 Arbeiter des Reimar Hobbing geschickt. Jetzt dagegen sind die angeschlossenen Offiziere und predigen das „Brennen des Reiches“.

Gegen die Sozialisten, denn wir sind nicht Gegner einer Vergewaltigung des Proletariats, nicht aber gegen die Vergewaltigung der Bourgeoisie, haben wir die Republik der Armen gelassen. Es geht aber nicht, sie zu kassieren, man muß sie auch zerschlagen und zerstören. Man muß sie in einer zehnten, hundertsten, tausendsten Republik zerstören. Dazu ist aber notwendig, daß wir unsere Möglichkeiten, unsere Kräfte, unsere Organisationsfähigkeit beibehalten und lernen, uns der Diktatur anzupassen.

Um was her stehen wir? Die Bolschewiki verurteilen sich im Süden, neue Offensiv erheben, die Japaner haben Strafen erlassen und haben die Unterwerfung der Engländer. Die Bolschewiki gehen nach der Unterwerfung. Wir werden von einem großen Krieg umgeben. In einigen Tagen werden wir vollständig von Japan, Japan den Krieg zu erklären. Wir haben mit allen Mitteln den Versuch gemacht, den Krieg zu verhindern, aber wir sind nicht im Stande, und wir werden genötigt sein, bald wieder Krieg zu führen.

Um dieses Jahr ist sprach Trozki aus einem anderen Lande über die Schaffung der bolschewistischen Regierung. Er ist ein großer Feind der Bolschewiki.

Der historische Prozeß besteht im Kampf zwischen zwei Mächten: die eine sucht die arbeitenden Massen zu knechten, die andere — die arbeitenden Massen selbst — bringt in sich die Gewähr für die Freiheit und das Aufblühen der Menschheit.

Welche dieser beiden Mächte wird siegen? Schon vor 70 Jahren haben Marx und Engels die kommunistische Partei gegründet und das kommunistische Manifest herausgegeben. Damals bereits haben sie gesagt, daß das Gespenst des Kommunismus durch Europa wandelt. Jetzt spricht der Papst, den Jaren, die deutschen Polizeichefs und die französischen Radikalen nicht mehr der Schatten, sondern der Kommunismus selbst. Marx und Engels nannten sich Kommunisten, um einen Trennungstrieb zu ziehen zwischen sich und den Radikalen, die sich Sozialisten nennen. Man sagt, die Sozialisten-Revolutionäre und Menschewiki seien auch Sozialisten. Nein, sie sind Sozialisten erst in tausend Jahren d. h. sie sind überhaupt keine Sozialisten. Wir sind Kommunisten und wir jagen zu der Arbeiterklasse: nimm jetzt gleich die Gewalt an dich, stürze die Bedrücker, führe den Sozialismus ein.

Nach einer längeren Polemik gegen die Menschewiki und die Sozialisten-Revolutionäre sprach Trozki mit dem Hinweis, daß die soziale Revolution im westlichen Europa letzten Endes Aufbruch werden könnte.

Hierauf wurden eine Reihe Fragen bezüglich Japans an Trozki gerichtet, die dieser wie folgt beantwortete: Japan will uns natürlich das vornehmen, was es kann, wie uns Deutschland bereits alles genommen hat, was es hat nehmen können, wobei es möglicherweise bereits insgeheim Frieden mit Deutschland geschlossen hat. Es ist dies nicht neu und wir haben schon lange davon gesprochen.

Diesem sind im Jertum, die da glauben, Japan strafe uns für den Breiter Frieden. Nein, jetzt beginnt die eintägige Aufteilung der schwächsten kriegführenden Länder. Möglicherweise werden Frankreich und Deutschland demnach Belgien unter sich aufteilen. Unter Schuk liegt in den Interessengegenständen der kämpfenden Kämpfer. Die Gegensätze zwischen Japan und Amerika treten in der sibirischen Frage zutage, und wir müssen, welche Gestalt dieser Zusammenbruch annehmen wird. Unsere Haupt Hoffnung müssen wir auf das Proletariat in den kriegführenden Ländern setzen. Außerdem müssen sich die sibirischen Bauern gegen die Japaner erheben. Der Weg der Revolution ist der einzige Weg für unsere Rettung.

Eine Anfrage wegen der Vorgänge in Kaukasus beantwortete Trozki dahin, daß die Menschewiki Gegner des Erntesiegens wären, wo es sich um die Bourgeoisie handelte, sie hätten aber nichts gegen das Erntesiegen im Kaukasus einzuwenden, wo Arbeiter die Opfer waren.

Auf die Frage, ob die Deutschen den Kommunismus in Rußland dulden würden, entgegnete Trozki: „Welche Deutschen? Die da oben sitzen natürlich nicht, aber die unteren Schichten werden uns unterstützen. Durch die Annekterung ganzer Völkerschaften, durch die Fortnahme fremder Länder umringt sich das herrschende Deutschland mit Minen, die unvermeidlich zur Explosion werden gelangen müssen.“

## Die Lage Hollands.

Ein Holländer teilt dem Berner „Bund“ über die Lage in seinem Land folgende interessante Einzelheiten mit:

Ein jedoch aus Amsterdam erhaltenes Schreiben vom 9. April enthält folgende wichtige Angaben, die besonders für die Schweiz großes Interesse haben, da die Lage der Schweiz fast ebenso schwierig ist, wie diejenige Hollands.

Welch schwere Folgen die Beschlagnahme unserer Schiffe für das holländische Wirtschaftsleben hat, ergibt sich klar aus einigen Notizen der gestrigen und heutigen Presse. Nach dem „Alasbede“ sind in Wageningen, dem Sitz der holländischen Hochschule für Acker-, Garten- und Waldbau, Kroben zwecks Erzeugung von Ersatztabak glänzend angefallen. Nur fragt man sich: Was wird aus unseren Java- und Sumatrababak werden? Nach dem „Telegraaf“, dem bekanntesten unterfreundlichen Blatte Hollands, hat die Holland-Amerika-Linie in der Nähe von Rotterdam Landereien angekauft, um sie von ihren nicht beschäftigten Personal bearbeiten zu lassen. Nach der Amsterdamer Zeitung „Algemeen Handelsblad“ sind in den letzten Tagen 700 Arbeiter der Philipschen Glühlampenfabrik in Eindhoven entlassen worden; bis auf weiteres wird der Betrieb noch an vier Tagen der Woche aufrechterhalten werden, damit die noch beschäftigten Arbeiter ausreichende Tätigkeit haben. Tritt jedoch nicht bald in den Schiffsverkehrsverhältnissen eine Besserung ein, so wird der große Fabrikbetrieb vollkommen gelähmt werden müssen.

Man fragt sich in allen Kreisen Hollands, was überhaupt aus unserem überseeischen Handelsverkehr werden soll, wenn sich die Verhältnisse nicht bald bessern. Selbst die Preise werden nicht mehr beschränkt, da nach dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ seit einiger Zeit vierzig mit Uebersee post beladene Güterwagen, die auf Schiffen nach England warten, in Soer van Holland stehen.

Auch die Sperrung der deutschen Kohlenzufuhr beginnt sich bereits unangenehm bemerkbar zu machen. Nach dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ werden die Fabrikbetriebe der Firma Nicoler Arlie & Zoon und der Irmische Zertiel Maatschappij in Enschede wegen Kohlenmangels geschlossen. Nach einer Meldung im „Alasbede“ wird die Glasfabrik Stella in einigen Tagen ihren Betrieb einstellen; dadurch werden 300 Arbeiter beschäftigungslos. Nach einer anschließend erscheinenden Notiz, die meiner Meinung nach von der Regierung inspiriert worden ist, sollen die Kohlenlieferungen erst nach Abschluß der Wirtschaftsverhandlungen wieder aufgenommen werden. Das kann lange dauern! Die Aussichten sind also in Holland trübselig.

## Die Lebensmittelnot in Holland.

(Von unserem holländischen Mitarbeiter.)

Haag, 17. April. Die Kaufkraft und Zusammenhänge haben sich in den letzten Tagen sehr verändert. Das muß aber nicht heißen, daß die Lage nicht schwer geworden ist. Im Gegenteil: Die halbe Maßregel der Einführung von Höchstpreisen für Eier — 14 Cent per Stück gegen 13 vorher im freien Handel — wurde z. B. von den Eierhändlern mit dem Bogaart beantwortet. Sie drohen offen, die Eier lieber als Viehfutter zu verwenden als sie auf den Markt zu bringen. Obendrein hatten sie jetzt auch die Eier vom Markt fern. „Get Volk“ betont endlich mit größter Regard die Notwendigkeit der Beschlagnahme dieser und anderer noch dem freien Handel überlassenen Lebensmittel.

In den Gemeinderäten wird lebhaft debattiert, was getrieben solle, um Warben wie in den letzten Tagen und eventuell anderer zu verhindern. Denn daß wirklich aller Anlaß zu größter Unzufriedenheit vorhanden ist und die Kriegsgewinnler und Diktatoren die Situation fortgesetzt verschlimmern, sehen selbst die bürgerlichen Gemeinderäte jetzt in zunehmendem Maße ein. Offenbarlich haben die „Rechtlichen“ der vergangenen Woche den Herrschaften des Gewinns doch etwas geschadet.

Sogar in orthodoxen Haagen, wo die Lebensmittelversorgung für die breite Masse fast ein ständiges Verlangen hinter der in Amsterdam und anderen Städten zunächst, sind von ungenügender Seite sehr fröhliche und fröhliche Worte gesprochen worden. Sehr fröhlich fröhliche ein bürgerlicher Redner hat dort herrschende Schamperie mit der Bemerkung, daß die sibirische Polizei sich in einem sehr fröhlichen und fröhlichen Sinne an den Bolschewiki gehalten, daß sie für die Kontrolle der Lebensmittelverhältnisse keine Zeit hätte.

So ist es aber nicht nur im Haag. Und da die Bauern und Händler immer rücksichtsloser vorgehen und nun andere die um die Lebensmittel bedürftigen Bevölkerung mit rotem Haß noch

alles zusammenhängern, was im freien Handel erhältlich, führt man in den Gemeinderäten immerhin deutlicher, unmittelbarer als bei der Regierung, daß etwas mehr als bisher gesehen werden müsse.

Die Leitung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat einen Beschluß gefaßt, in welchem ausgesprochen wurde, daß nunmehr die Zeit gekommen, wo die Auflösung der Kammer gefordert werden müsse, um durch Neuwahlen zu einer Regierung zu kommen, die ihrer Aufgabe gewachsen sei. Genosse Schaper, der die Sitzung geleitet, desanimiert aber merkwürdigerweise den vom Parteisekretariat an die Presse versandten Bericht über die Sitzung dahin, daß der in Frage kommende Passus des Beschlusses nicht als ein Verlangen nach Auflösung der Kammer zu verstehen sei. (Schaper steht auf dem äußersten rechten Flügel der Partei.)

Die syndikalistischen Gewerkschaften haben sich an die modernen wegen gemeinsamen Vorgehens gewandt. Sie schlagen einen Generalstreik vor. Die Zentrale der modernen Gewerkschaften wird zu der Einleitung Stellung nehmen.

Die Situation wird auf alle Fälle mit jedem Tage kritischer. P. M.

## Zur Wohnungsfrage.

Der Ernst-Ludwig-Verein, hessischer Zentralverein für Errichtung billiger Wohnungen, hat in einer Eingabe an das hessische Ministerium des Innern angefragt, ob und inwieweit auf Bereitstellung staatlichen Holztes für die Zwecke von Kleinwohnungen gerechnet werden darf. Es werden im ersten Baujahre, wenn dem Bedarf einigermaßen genügt werden soll, in Hessen 5—6000 Wohnungen zu schaffen sein. Hierzu wäre eine Holzmenge von 70—80.000 Kubikmeter erforderlich. Weiter heißt es in der Eingabe: In Preußen sind außer der Bürgerschaftsübernahme in Höhe von 150 Millionen noch 20 Millionen Mark bereitgestellt worden, um Beteiligung des Staates an gemeinnützigen Bauvereinen zu ermöglichen. Wir würden es für sehr wünschenswert halten, wenn dieser Vorgang auch in Hessen Nachahmung fände. Die Bereitstellung von 1 Million Mark würde eine außerordentliche Förderung für die Bauvereine bedeuten. Es werden ferner Darlehen aus öffentlichen Mitteln gegen geringe Tilgung und Beteiligung des Staates durch Stammanteile an den gemeinnützigen Bauvereinen gefordert.

Baugenossenschaften in Thüringen, die den Bau von gelunden und zweckdienlichen Arbeiterwohnstätten anstreben, und auch bereits die Beschaffung von Arbeiterwohnungen reger gefördert haben, gibt es eine ganze Anzahl. In jüngster Zeit tritt ein noch größeres Bedürfnis zur Gründung derartiger Genossenschaften hervor. Auch Arbeitervereine, Fabrikbesitzer und Behörden zeigen stärkeres Interesse dafür. Kürzlich wurden in Göttingen zwei neue Baugenossenschaften ins Leben gerufen, eine mit einem Stammkapital von 128.500 Mk. In anderen Städten betätigen sich die Einwohner in gleicher Weise. In Tübingen beschloß der Gemeinderat, mit dem Bau von Arbeiterwohnstätten zu beginnen, sobald das stellvertretende Generalkommando die Genehmigung zum Bauen erteilt. Es sollen dort zunächst 15 Kleinwohnhäuser in Angriff genommen werden. Den Bauplan lieferte ein dem Gemeinderat angehöriger Architekt unentgeltlich, und die Stadt wird Bauholz und Steine zum Selbstkostenpreis hergeben. Die Häuser, die drei Zimmer und Zubehör erhalten, werden auf etwa 6500 Mk. zu stehen kommen, worauf eine Anzahlung von ungefähr 1000 Mk. geleistet werden muß, und sollen an Rinderbemittelte vergeben werden.

Unsere Genossen in den Landtagen und Stadtvertretungen nehmen sich natürlich mit Fleiß der Sache an.

## Gewerkschaftsbewegung.

Streik in Holland. Aus Amsterdam wird gemeldet: Wegen des Streiks im Arsenal von Gembrul bei Amsterdam und in der Marinewerk in Amsterdam, der sich immer mehr ausbreitet, ordnete der Kriegsminister die Schließung beider Anstalten auf unbestimmte Zeit an.

## Aus Nah und Fern.

Der Neuföllner Skandal.

Infolge der Beschlagnahme von Büchern des Neuföllner Magistrats durch die Staatsanwaltschaft blieb, wie die Abendblätter melden, Sonnabend früh die Hauptkasse in Neufölln geschlossen. Vormittags sammelten sich große Menschenmengen in den Wandelgängen des Rathauses und auf der Straße, die ihrer Empörung über die Verhältnisse zum Ausdruck gaben. Viele Kriegerfrauen forderten entschieden ihre Unterstützung. Städtische Arbeiter verlangten ihre Löhne. Der Magistrat machte daraufhin die Staatsanwaltschaft auf die Vorgänge in und vor dem Rathause aufmerksam. Die Stadt werde sich genötigt sehen, polizeiliche Hilfe anrufen. Man müsse der Staatsanwaltschaft die Verantwortung für alle zu befürchtenden Zwischenfälle überlassen. Nach einiger Zeit erhielt der Magistrat durch Fernsprecher die Nachricht, daß die Bücher der Stadtverwaltung sofort zugestellt werden. Sie blieben aber beschlagnahmt. Der Magistrat habe dafür Sorge getragen, daß in ihnen nichts geändert und nichts entfernt werde. Gegen mittag waren die Bücher wieder im Rathause und die Hauptkasse konnte ihren Betrieb wieder aufnehmen.

Bestrafte Sorgfalt. Es ist ja bekannt, daß ein Teil der Erziehungsvorrichtungen auf eine Bestrafung sehr schon früher geübte Sparsamkeit hinausläuft, daß aber auch jetzt noch jemand dafür bestraft wird, sollte man nicht für möglich halten. Und doch ist es erst kürzlich vorgekommen, daß einem Gasabnehmer der Gasautomat aus seinem Kohlenlagerbiller in einem Vororte von Berlin entfernt wurde, weil er zu wenig Gas verbraucht hat! Was soll man nun eigentlich tun: Gebraucht man zuviel, so wird man bestraft, gebraucht man wenig, so wird man auch bestraft. Wäre es nicht am Platze, die viele Zeit, die man zur Abhaltung von Ermahnungen, Beruhigungsnotizen und Rechtfertigungsartikeln verwendet, zur Beseitigung der Widersprüche in den Verordnungen zu benutzen?

Gestunkenes Schiff. Laut „Frankf. Ztg.“ bringt der „Matin“ eine Meldung aus New York, in der das Marineministerium mitteilt, daß das Kohlen Schiff „Cyclope“, das mit einer Mannschaft von 15 Offizieren und 221 Mann sowie 57 Passagiere von Staffeln nach den Vereinigten Staaten abgegangen ist und eine Ladung von Nangan an Bord hatte, als verloren zu betrachten ist.

Selbstmord von einer Wasserhohe heimgeführt. Ueber dieses bereits kurz gemeldete fürchterliche Unglück wird aus Toulon berichtet: Eine ungeheure Wasserhohe hat die ganze Küste heimgeführt. Ganz besonders großen Schaden hat dieselbe auf der Reede von Toulon angerichtet. Eintauend Fischerboote und Fischerkampfbote sind von der Hohe entweder gänzlich zertrümmert oder von ihren Ankerplätzen losgerissen und ins türmische Meer hinausgetrieben worden, wobei sie zerstückelt oder sanken. Der große Hafendamm, der den Hafen von Toulon gegen das Meer zu schützt, ist an mehreren Stellen von der Gewalt der Hohe und des Meeres durchbrochen worden. Der Verlust an Werten ist sehr groß. Auch viele Menschen kamen um. Das Meer wirft Tausende von Bratkeilen an den Strand.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: J. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Emslich in Lüber.